

# Wetzlarer Nachrichten

Zeitung der **SPD** Wetzlar

Jahrgang 8 | Ausgabe 3 | August 2016

## 300 neue Wohnungen

OB Manfred Wagner (SPD) und Bürgermeister Harald Semler (FW) stellen gemeinsam mit dem Geschäftsführer Wetzlarer Wohnungsgesellschaft (WWG), Harald Seipp, ein Konzept zum Wohnungsbau in Wetzlar vor. *Seite 4*



## HSG Wetzlar gut vorbereitet

Dutenhofener Eigengewächs Fabian Kraft steht vor seiner ersten Saison im Bundesligakader. Der 23jährige hat bei der HSG Dutenhofen/Münchholzhausen alle Jugendmannschaften durchlaufen und will seine Chance nutzen. *Seite 11*



## Wetzlars Finanzen

Häufig gestellte Fragen und Antworten rund um Wetzlars Finanzen, die interessierten Lesern Orientierung in der Diskussion um die schwierige Haushaltslage in Wetzlar geben kann. *Seite 12*



## Stadthaus am Dom auf einem guten Weg

Vorbereitungen laufen seit Monaten auf Hochtouren. Riesenprojekt startet vermutlich Anfang 2018 mit dem Abriss des Gebäudes

**„Wir sind auf dem richtigen Weg“, so der stellvertretende Vorsitzende der Wetzlarer SPD-Fraktion und deren baupolitische Sprecher Günter Pohl zum Thema ‚Stadthaus am Dom‘ und zum aktuellen Sachstand.**

Die SPD begrüßt den gewählten Verfahrensweg und wird diesen nicht nur weiterhin begleiten, sondern auch aktiv mitgehen und mitgestalten.

Auch wenn die sichtbare Umsetzung des Riesenprojekts vermutlich erst Anfang 2018 mit dem Abriss des Gebäudes beginnen wird, laufen die Vorbereitungen bereits seit Monaten auf Hochtouren.

Die Grundlagen für die Umgestaltung hat die Stadt Wetzlar, insbesondere in Person des Oberbürgermeisters Manfred Wagner, geschaffen und für die Umsetzung mit Martin Bender einen heimischen Investor gewonnen.

Die juristischen Hürden wurden genommen, vor allem auch die komplizierte Abwicklung der dortigen Eigentumsverhältnisse. Der Investor hat für die Umsetzung die ‚Stadthaus am Dom GmbH & Co KG‘ gegründet, die nunmehr in enger Abstimmung mit der Stadt das Projekt konkret angehen wird und dabei das Stadtbild in dieser zentralen Lage verändern will und sicherlich auch wird.

Damit diese Veränderung auch auf breite Zustimmung in der Bevölkerung stößt, ist das Instrument Bürgerbeteiligung ein zentraler Punkt des gesamten Verfahrens. Damit wird man auch den Vorgaben des SPD-Wahlprogramms gerecht, in welchem die Beteiligung des Bürgers an den Diskussions- und Entscheidungsprozessen gefordert und erwartet wird.

Die Gestaltung des neuen Stadthauses mit einem Nutzungsmix aus Dienstleistung, Einzelhandel, Wohnen und Tiefgarage, wird somit auch mit den Bürgern diskutiert werden. Hier hat man Lehren aus dem einen oder anderen Fehler der Vergangenheit gezogen.



Das Stadthaus am Dom – dominantes Bauwerk im Herzen der Altstadt

Möglichkeiten hierzu wird es gerade jetzt im Vorverfahren genügend geben. Bis jetzt sind nämlich noch keine konkreten Entscheidungen darüber gefallen, wie es einmal dort aussehen wird. Gedanken, Vorstellungen, Visionen sind zwar vorhanden – mehr aber noch nicht. Weder die räumliche Gestaltung und Aufteilung im Gelände steht fest, noch die Anzahl der Gebäude oder die Gebäudeart, geschweige denn die Gestaltung der Außenfassade zum Domplatz hin. Letzteres hat bereits in der Öffentlichkeit für viel Diskussionsstoff gesorgt. Die SPD Wetzlar wünscht sich eine breite Akzeptanz bei der

Errichtung dieses stadtbildprägenden Gebäudekomplexes.

Als Grundlage für das Vorhaben hat die Wetzlarer Stadtverordnetenversammlung ein Eckpunktetpapier verabschiedet, welches auch Grundlage der Vereinbarungen mit dem Investor ist. Darin geregelt sind grundsätzliche Dinge wie Erschließung, Stellplatzfragen, Gebäudegestaltung oder Denkmalschutz. Aber auch Punkte zur Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit sind darin geregelt. Die Öffentlichkeit soll danach stets über den Prozess informiert sein und sie kann Ideen zum Projekt beisteuern.

Ein wesentlicher Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit ist die Einrichtung des Stadthausbüros am Brodschirm. Dieses dient als Anlaufstelle für Bürger, die sich mit Ideen und Anregungen in die Neuplanung des Stadthauses einbringen möchten.

Dort fand auch Ende Juni ein zweitägiger Ideenworkshop statt, an welchem fünf Architekturbüros aus Wetzlar, Gießen, Frankfurt und Darmstadt teilgenommen haben. Diese sollten zu unterschiedlichen Themen nachdenken und schließlich Lösungen formulieren. Die Präsentation der Ergebnisse dieses Workshops wurde der Öffentlich-

keit am 13. Juli erläutert.

60 Bürgerinnen und Bürger zeigten Interesse an dieser Veranstaltung. Eine weitere Präsentation erfolgte Ende Juli, zu der dann die Stadtverordneten eingeladen wurden und bei den Wetzlarer Sozialdemokraten auf große Resonanz stieß. Die Frankfurter Architektin Anke Wünschmann stand hierbei den Kommunalpolitikern Rede und Antwort.

In einem nächsten Schritt wird sich das eigens gegründete Begleitgremium, in welchem auch Vertreter der Fraktionen beteiligt sind, am 2. November treffen, um weitere Planungen zu diskutieren.

## Feier der SPD-Fraktion

Wechsel in der SPD-Fraktion.

Dank an Waldemar Kleber für seine langjährigen Verdienste in der SPD *Seite 2*



**Rolladen**  
**Sauter**  
Metall- u. Kunststoffbau  
Fenster · Tore · Sonnenschutz

Beim Eberacker 5  
35633 Lahnu-Dorlar  
Telefon: 0 64 41/94 33-0  
[www.sauter-mkb.de](http://www.sauter-mkb.de)

**warema**

**SCHÜCO**

Fenster · Türen · Vordächer · Wintergärten · Markisen · Rollladen · Rolltore  
Rollgitter · Jalousien · Klappläden · Tore & Zäune · Insektenschutz

**Aus dem Inhalt**

**AUS DER STADT**

Ingrid Knell führt Interkulturellen Rat

4



**AUS DER STADT**

Udo Volcks offener Brief an Hans-Jürgen Irmer

6



**AUS DER STADT**

Interview mit Sandra Ihne-Köneke

7



**AUS DER STADT**

Die neuen Ortsbeiräte

7-9



**AUS DER STADT**

Ehrungen in der freiwilligen Feuerwehr

10



**DAGMAR SCHMIDT**

Bundesteilhabegesetz: Mehr möglich machen

13



**JUSOS**

Rechtstextermismus: Mitschuldig ist, wer schweigt

14



**STEPHAN GRÜGER**

Europäische Missverständnisse

15



# Fraktionsfeier der SPD Wetzlar

## Begrüßung der neuen Fraktionsmitglieder, Verabschiedung der Mitglieder aus der Wahlperiode 2011-16

Am ersten Juli trafen sich die Fraktionen der Stadtverordneten der Wetzlarer SPD der aktuellen und der vergangenen Wahlperiode zur gemeinsamen Fraktionsfeier im Bürgerhaus Nauborn.

Die Feier organisierten Stadtverordnetenvorsteher Udo Volck und der neue Fraktionsgeschäftsführer Tim Brückmann.

Zu Beginn der Veranstaltung verabschiedete sich der langjährige Fraktionsvorsitzende Jörg Kratkey von der Fraktion der Wetzlarer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

Kratkey schilderte seinen Werdegang als Stadtverordneter hin zum Fraktionsvorsitzenden. Im Gedächtnis blieb allen Anwesenden die Anekdote, wie sich der damalige Vorstand im Bürgerbüro Naunheim versammelte, mit dem Ziel, dieses erst wieder nach der Wahl eines neuen Vorsitzenden zu verlassen.

Weiter berichtete Kratkey über die schwierige Anfangsphase seines neuen Amtes, in welchem er sich noch zu beweisen hatte. Er bedankte sich bei allen Weggefährten und neuen Stadtverordneten für die stete Unterstützung. Auch in seinem neuen Amt – dem Kämmerer der Stadt Wetzlar – möchte er immer im Kontakt zu seiner alten Fraktion stehen, auch wenn er davon ausginge, dass die weiteren Arbeitstage schwieriger sein werden, als sein erster – dieser begann nämlich mit einem Betriebsausflug seines Dezernats.

Neben der Begrüßung der neuen Fraktionsmitglieder, verabschiedete man auch Mitglieder aus der Wahlperiode 2011/2016. Zu den zu Verabschiedenden zählte Waldemar Kleber, der bei der letzten



Jörg Kratkey verabschiedet sich als Fraktionsvorsitzender



Fraktionsgeschäftsführer Tim Brückmann (links) und die neue Fraktionsvorsitzende Sandra Ihne-Köneke verabschieden Jörg Kratkey aus der SPD-Fraktion. Im Vordergrund rechts Oberbürgermeister Manfred Wagner.



Jörg Kratkey (2. von links) verabschiedet Waldemar Droß (links), Waldemar Kleber (2. von rechts) und Peter Helmut Weber (rechts) aus der SPD-Fraktion

Kommunalwahl nicht mehr kandidiert hatte. Trotzdem versprach er, auch der neuen Fraktion mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Weiter wurde Peter Helmut Weber verabschiedet. Der Ortsvorsteher aus Münchholzhausen gehörte seit 2014 der SPD-Fraktion der Stadtverordnetenversammlung an. Er ist sich jedoch sicher, dass

die beiden nun Münchholzhausen vertretenden Abgeordneten nicht nur die Interessen seines Ortsteils vertreten, sondern auch die aller anderen Wetzlarer Bürgerinnen und Bürger.

Die neue Fraktion verabschiedete sich auch von Waldemar Droß. Der Garbenheimer Ortsvorsteher wurde zwar bei der letzten Kom-

munalwahl wiedergewählt, legte jedoch sein Mandat nieder. Dennoch steht auch er als Ortsvorsteher der Fraktion weiterhin beratend zur Seite.

Der Abend endete mit geselligem Zusammensein und interessanten Gesprächen zwischen alter und neuer Fraktion.

# Sommerfest der SPD Münchholzhausen

## Peter Helmut Weber begrüßt zahlreiche Gäste auf dem Sportplatz

Freudig konnte der Ortsvorsteher und Vorsitzende der SPD Münchholzhausen, Peter Helmut Weber über dreißig Gäste auf dem Sommerfest des Ortsvereins begrüßen.

Auch fanden wieder einige Mitglieder des Ortsvereins Dutenhofen den Weg zum gemeinsamen Sommerfest nach Münchholzhausen. Die beiden Ortsvereine veranstalten ihr Sommerfest stets im jährlichen Wechsel in den jeweiligen Ortsteilen. Das diesjährige



Die neue SPD Fraktionsvorsitzende Sandra Ihne-Köneke (SPD OV Nauborn) im Gespräch mit der Stadtverordneten Sybille Hornivius (SPD OV Dutenhofen) und dem neuen Fraktionsgeschäftsführer Tim Brückmann (SPD OV Münchholzhausen). Gesprächsthemen und Diskussionen gab es reichlich..

Sommergrillen fand erstmals auf dem Sportplatz in Münchholzhausen statt. Der Vorstand entschied sich diesmal für einen neuen Veranstaltungsort.

Als langjähriger Förderer des SC 2007 Münchholzhausen/Dutenhofen e.V. fiel die Wahl auf dessen Vereinsgelände. Im Gegensatz zur Geflügelzuchtanlage, welche bislang Anlaufpunkt für Sommerfeste der SPD Münchholzhausen war, liegt der Sportplatz mitten im Ort und war somit auch leichter für Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Somit fanden auch einige Interes-

sierte den Weg zu unseren Genossinnen und Genossen.

Ebenso freute sich der Verein darüber, die neugewählte Fraktionsvorsitzende Sandra Ihne-Köneke begrüßen zu dürfen. Diese stellte sich den Gästen vor und versprach, stets ein offenes Ohr für die Belange der beiden Ortsvereine zu haben und deren Anregungen mit in die Fraktion der Wetzlarer Stadtverordnetenversammlung zu nehmen. Der Abend klang mit lockeren Gesprächen über Stadtpolitik und über das Ortsgeschehen des Wetzlarer Ostens aus.

Fotos: Heiner Jung

Fotos: Heiner Jung

# Kratkey wird Kämmerer und Kulturdezernent

Kulturamt mit den Museen und Volkshochschule fallen in sein Ressort

Wetzlarer OB Manfred Wagner (SPD) hat am 4. Juli die neue Dezernatsverteilung der hauptamtlichen Stadträte bekanntgegeben.



Von links: Norbert Kortlüke (Bündnis 90/Die Grünen), Harald Semler (FWG), Jörg Kratkey (SPD) und Oberbürgermeister Manfred Wagner (SPD)

Wichtigste Neuerung ist die Übertragung der Zuständigkeit für Finanzen und Kultur an den neuen Dezernenten Jörg Kratkey (SPD).

Wagner führt weiterhin die Bereiche Soziales, Jugend, Sport sowie Brandschutz, Personal, Informationstechnik, Rechtsamt und Magistratsbüro. Harald Semler (FW) leitet als Bürgermeister unverändert das Bau- und Wirtschaftsdezernat mit dem Tiefbauamt, dem Amt für Stadtentwicklung, Bauordnungsamt, Amt für Gebäudemanagement und Wirtschaftsförderung.

Der am 15. Juni neu gewählte Stadtrat Jörg Kratkey (SPD) wird Stadtkämmerer sowie Ordnungs- und Kulturdezernent mit den Ämtern Kämmerei, Kassen- und Steueramt, Rechnungsprüfungsamt, Ordnungsamt, Standesamt, Kulturamt und Volkshochschule.

Der langjährige Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtverordnetenfraktion war hauptberuflich bis Ende Juni beim Lahn-Dill-Kreis für die Zentrale Steuerung verantwortlich.

Stadtrat Norbert Kortlüke (Grüne) behält die Zuständigkeit für den Umwelt- und Naturschutz, das Stadtbetriebsamt mit dem Forstwesen sowie die Stadtreinigung, Stadthallen und Wasserversorgung.

Er wird außerdem Verantwortung beim Energieversorger einwickeln und für den Öffentlichen Nahverkehr übernehmen.

Die bisher von ehrenamtlichen Stadträten geführten Dezernate für die Städtischen Museen und Volkshochschule entfallen und werden den Hauptamtlichen zugeordnet. Diese Bereiche, die mit

erheblichen Haushaltsmitteln und einer hohen Personalverantwortung verbunden seien, wolle man enger an die hauptamtlich geführte Verwaltung anbinden, so Wagner. Der Oberbürgermeister zollte den scheidenden ehrenamtlichen Dezernentinnen für die VHS und die Museen, Ruth Viehmann (CDU) und Sigrid Kornmann (FDP), Respekt und Anerkennung für die geleistete Arbeit.

Einzig das von Karlheinz Kräuter (SPD) geführte Dezernat der Städtepartnerschaften bleibt bestehen. Hier bestehe nur ein geringer personeller Einsatz der Verwaltung.

# Leitzplatz – Umbau hat sich gelohnt

Der Gesamtetat der Baumaßnahmen konnte eingehalten werden

Allen Unkenrufen zum Trotz – es hat sich gelohnt. Gemeint ist der Umbau des Leitzplatzes. Hier von ist Günter Pohl, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion, überzeugt.

Das Sprichwort mit den Unken stammt aus einer Zeit, in der die Kröten und Unken als Unglücksboten gesehen wurden. Entsprechend wird dies heute auf Pessimisten und Schwarzseher, die überall Unglück witterten und darauf hinwiesen, übertragen.

Oft genug haben sich solche Unkenrufe als falsch erwiesen. Auch dies lässt sich auf den Leitzplatz übertragen. So haben die Mandatsträger der CDU und FDP im Wetzlarer Stadtparlament zum einen auf die hohen Kosten geschimpft, zum anderen aber auch die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit in Frage gestellt. Insbesondere wurden Verkehrsbeeinträchtigungen und Rückstaus durch die oberirdische Fußgängerquerung und den Wegfall einer Rechtsabbiegerspur prognostiziert. Wie erwähnt, die Unkenrufe haben sich als falsch erwiesen.

Der Verkehr fließt überwiegend reibungslos. Staus sind selten und nicht auf den Ausbau und die Verkehrsführung zurückzuführen. Unfälle, Sperrung der B 49 oder Großveranstaltungen sorgen natürlich für ein erhöhtes Verkehrsaufkommen und dann auch für ge-

legentliche Rückstaus. Dies war allerdings auch schon vor dem Umbau der Fall.

Eine äußerst positive Wirkung stellen die ebenerdigen Fußgängerüberwege dar. Diese werden auch von den Fußgängern gerne und zahlreich angenommen. Hier hat die Stadt Wetzlar Barrierefreiheit wirklich ernst genommen.

Für Ältere, Gehbehinderte, Rollstuhlfahrer aber auch für Kinderwagenführer war es bislang ein beschwerlicher Weg, um auf die andere Straßenseite zu kommen. Die Unterführung wurde aus den unterschiedlichsten Gründen nur unwillig angenommen. Dunkelheit, Bedrohlichkeit, Schmierereien oder Gestank haben die Fußgänger nicht gerade eingeladen, diesen Weg zu nehmen. Stattdessen wurde oftmals der gefährliche Weg über die Fahrbahnen gewählt.

Positiv empfunden wird auch die Neugestaltung der Bushal-

stelle und der damit verbundenen Öffnung zur Stadtmauer. Der Bereich wirkt größer, heller und einladender. Grund genug, hier in Zukunft auch Reisebusse hin zu lotsen, um von hier aus den Touristen die Möglichkeit einzuräumen, die Altstadt kennen zu lernen.

Natürlich hat der Umbau des Platzes auch Geld gekostet. Doch die 1,88 Millionen sind gut angelegt. Neben dem eigentlichen Ausbau des Leitzplatzes (1,085 Millionen) entfallen 345.000 Euro auf den Umbau der Haltestelle, 230.000 Euro auf die Neugestaltung der Schladming-Anlage und 220.000 Euro auf die Kanalsanierung. Diesen Ausgaben stehen Fördermittel des Landes von über 800.000 Euro gegenüber. Durch straffes Wirtschaften bei elf anderen Baumaßnahmen konnten letztlich 800.000 Euro eingespart werden, so dass der Gesamtetat für die Baumaßnahmen noch eingehalten werden konnte.



Ebenerdige, barrierefreie Fußgängerüberwege werden gerne genutzt

## STANDPUNKT



Sandra Ihne-Köneke

Es ist gut und richtig, dass Jörg Kratkey der 4. Dezernent im Wetzlarer Rathaus ist. Ihm obliegt die Verantwortung für das Rechnungsprüfungsamt, die Kämmerei, das Kassen- und Steueramt, das Ordnungsamt, das Standesamt, das Kulturamt und die Volkshochschule. Mit ihm ist ein sehr erfahrener Verwaltungsfachmann an der Spitze der Stadtverwaltung. Jörg Kratkey kann Sachverhalte und Probleme der Stadt im Detail betrachten, ohne das Ganze „das Allgemeinwohl für alle Wetzlarer“, aus den Augen zu verlieren. Er ist pragmatisch und sachorientiert. Seine ruhige, freundliche und besonnene Art wird dabei helfen, die Probleme, vor allem den Sanierungs- und Investitionsstau in vielen Bereichen der Stadt anzugehen.

Das Bürgerbegehren, das die SPD-Fraktion vor 13 Jahren auf den Weg gebracht hatte, mit dem Ziel, den 4. Dezernenten einzusparen, hatte aus Sicht der Initiatoren damals gute Gründe. Es diente sicherlich nicht dazu, dem politischen Gegner zu schaden und Sand ins Getriebe zu werfen. Der regierenden Koalition eine Wiederbesetzung der Position des 4. Dezernenten mit Verweis auf dieses Jahre zurück liegende Bürgerbegehren zum Vorwurf zu machen, wie es die Opposition derzeit versucht, entbehrt jeglicher Grundlage. Wir können als ehrenamtliche Kommunalpolitiker nur Entscheidungen treffen mit dem „Wissen von heute“. Und aus heutiger Sicht ist die Entscheidung für einen 4. hauptamtlichen Dezernenten vor dem Hintergrund der vielfältigen Aufgaben und Herausforderungen, vor denen die Stadt Wetzlar steht, richtig und notwendig. Weiterhin kommt der Fraktionsarbeit aus meiner Sicht eine sehr wichtige Aufgabe zu. Jeder gewählte Stadtverordnete in der SPD-Fraktion hat seine eigene Biographie, seinen Beruf, Familie, Hobbys usw. wir sind alle unterschiedlich und betrachten die kommunalen Sachverhalte aus unterschiedlichen Perspektiven. Diese verschiedenen Ansichten und Problemlösungen helfen dabei, die besten Möglichkeiten für die Wetzlarer Bürger zu finden. Kommunalpolitisches Handeln ist eine Teamaufgabe und die Heterogenität in der Wetzlarer SPD kommt allen Bürgern zu Gute. Denn daraus entsteht eine gerechte (z.B. sozialer Wohnungsbau); nachhaltige (z. B. urbane Vielfalt), innovative (z.B. Windpark), wirtschaftlich erfolgreiche (z.B. Leica, Ikea, Studium-Plus), soziale (z.B. Wetzlar Card) und demokratische (z.B. Behindertenbeirat, Seniorenbeirat, Interkultureller Rat) Stadtpolitik. Die Wetzlarer SPD steht für eine solide Stadtpolitik, das heißt die Pflichtaufgaben einer Stadt haben höchste Priorität. Wir sorgen für die erforderliche Infrastruktur: vom Straßenbau, Einkaufsmöglichkeiten, Bildung und Erziehung, bis hin zum Breitbandausbau und einer stabilen Gewerbesteuer, um einiges zu nennen.

Es geht uns bei der kommunalpolitischen Gestaltung nicht um kurzfristige Erfolge, sondern um langfristige Perspektiven für Wetzlar.

Ihre Sandra Ihne-Köneke  
Fraktionsvorsitzende

## Impressum

Herausgeber: SPD Stadtverband Wetzlar  
Bergstraße 60, 35578 Wetzlar  
Telefon (06441) 2 09 25 20  
www.spd-wetzlar.de

V.i.S.d.P.: SPD Stadtverband Wetzlar

Verantwortlicher Redakteur:  
Sandra Ihne-Köneke

Redaktion:  
Manfred Wagner, Bärbel Keiner,  
Christopher Bursukis,  
Tim Brückmann, Jörg Kratkey,  
Peter Helmut Weber, Sabrina Zeaiter  
Anzeigen: Christoph Görg

Gestaltung, Satz und Layout:  
heiner Medienservice, Wetzlar

Druck: Frankfurter Societätsdruckerei  
Für den Druck der Wetzlarer Nachrichten wird 100 Prozent Recycling Papier verwendet.

Die CO<sub>2</sub>-Belastung durch den Druck der Zeitung wird kompensiert durch Zahlung in Umweltprojekte von First Climate.



Stabgitterzäune  
preiswert  
sicher  
dauerhaft



Wetzlar-Steindorf  
In der Murch 16 – 18  
Telefon (0 64 41) 92 48 60  
www.kraeuter-schmiedeeisen.de  
Schutz vor Einbruch

Überdachungen, Schlosser- & Stahlbauarbeiten, Edelstahlverarbeitung, Torantriebe, Treppen, Tore, Fenster- & Türgitter, Balkongeländer, Treppengeländer, Einzäunungen

# 300 neue Wohnungen bis 2030

Die Stadt Wetzlar will den Sozialen Wohnungsbau ankurbeln

**Oberbürgermeister Manfred Wagner (SPD) und Bürgermeister Harald Semler (FW) stellen gemeinsam mit dem Geschäftsführer der zu 88% im Besitz der Stadt befindlichen Wetzlarer Wohnungsgesellschaft (WWG), Harald Seipp, ein Konzept zum Wohnungsbau in Wetzlar vor.**

Seit der Veröffentlichung des Sozialstrukturatlas und seit der Bedarfserhebung zum sozialen Wohnungsbau, die den Stadtverordneten Anfang 2015 vorgelegt worden war, ist bekannt, dass sich seit etwa drei Jahren auch in Wetzlar ein Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage an Wohnungen entwickelt hat.

Wohnraum wird dringend gesucht, die Nachfrage betrifft Wohnraum in verschiedener Form, sowohl den Wunsch nach Bauplätzen für Eigenheime als auch den Wunsch nach Wohnungen im Eigentum oder zur Miete. Der zügige Verkauf der in den letzten beiden Jahren zur Verfügung stehenden Bauplätze spricht da eine klare Sprache, auch Eigentumswohnungen sind in größerer Zahl entstanden oder entstehen derzeit bzw. in naher Zukunft. Auch für diese finden sich Interessierte, die über die nötigen finanziellen Mittel verfügen, Wohneigentum zu erwerben.

Dem gegenüber steht eine Vielzahl von Menschen mit kleineren Einkommen, die für sich alleine oder für ihre Familien Wohnraum suchen. Fast 4000 Haushalte mit rund 7800 Menschen leben in Wetzlar von ergänzenden staatlichen Leistungen nach SGB II, SGB XII oder sie beziehen Wohngeld.

Doch es geht nicht nur um die Bezieher von staatlichen Leistungen, auch viele Bürgerinnen und Bürger, die ihren Lebensunter-



Von links: OB Wagner, Bürgermeister Semler und WWG-Chef Seipp stellen die Pläne für den Wohnungsbau vor.



Unterhalb des Krankenhauses auf dieser Wiese ist ein zweites „Y-Hochhaus“ vorgesehen. Das erste Hochhaus mit der markanten Form, erbaut in den sechziger Jahren, steht an der Uhlandstraße.

halt eigenständig bestreiten, haben mehr und mehr Schwierigkeiten, geeigneten und bezahlbaren Wohnraum für sich und ihre Familien zu finden. Neben der Miete sind auch die Nebenkosten einzukalkulieren und die sind bekanntlicherweise in den letzten Jahren erheblich gestiegen.

Neben dem Blick auf die entstehenden Miet- und Nebenkosten muss gerade der soziale Wohnungsbau auch sich ändernde Bedarfe an Wohnungsgröße und Ausstattung in den Blick nehmen. Insbesondere das Angebot an kleinen Wohnungen für 1-2 Personenhaushalte sind knapp, hier wird der Entwicklung hin zu immer mehr allein lebenden oder allein erziehenden Personen noch zu wenig Rechnung getragen.

Aber auch Familien mit mehreren Kindern haben Probleme, eine ausreichend große Wohnung zu finden. Meist sind die Planer da in der Vergangenheit von der Durchschnittsfamilie mit zwei Kindern ausgegangen.

Viele ältere Menschen leben irgendwann alleine, die Rente reicht häufig nicht mehr aus, es werden Transferleistungen benötigt. Der Anteil, der für eine geeignete barrierearme Wohnung zur Verfügung steht, ist sehr begrenzt.

Sicher, die Wohnungsbaugesellschaften in Wetzlar verfügen noch immer über eine ansehnliche Anzahl an Wohneinheiten. Doch ist für viele Wohnungen die Bindung längst ausgelaufen. Von den vor-

handenen etwa 7800 Wohnungen sind gerade noch etwa 18% in der Sozialbindung, das sind etwa 1.400 Wohnungen für ca. 4.000 Haushalte, die eine Wohnung nur in dieser Preisklasse bezahlen können.

Wohnen ist auch ein Grundrecht, das Aufwachsen in einer Umgebung mit ausreichend Platz zum Spielen innerhalb und außerhalb der Wohnung und auch mal zum Rückzug ist eine wichtige Voraussetzung für die gesunde Entwicklung von Kindern. Ungünstige Wohnverhältnisse sind ein deutlicher Risikofaktor, begünstigen Lern- und Entwicklungsstörungen ebenso wie Gewalt.

Von daher ist es ausdrücklich zu begrüßen, dass sich der Magistrat gemeinsam mit der WWG nun der Aufgabe stellt, das Angebot an angemessenem und bezahlbarem Wohnraum in Wetzlar deutlich zu erhöhen und damit auch hier soziale Verantwortung übernimmt. Gleichzeitig wird durch das Prinzip einer vertretbaren Nachverdichtung bereits bebauter Gebiete schonend mit Flächenressourcen umgegangen. In einem ersten Schritt sollen insbesondere in Dalheim und in der Wohnstadt neue Wohnungen entstehen.

Da die vom Magistrat entwickelte Vorlage auch anderen möglichen Investoren Potenziale für Wohnraumschaffung aufzeigt, geht von dieser eine wichtige Signalwirkung für weitere Schritte hin zu einer Entspannung auf dem Wohnungsmarkt in Wetzlar aus.

# Ingrid Knell führt Interkulturellen Rat

Langjährige Erfahrungen mit Migranten



Ingrid Knell (Mitte), Vorsitzende des Interkulturellen Rates, Stellvertreter Amin Moawad (links) mit Oberbürgermeister Wagner.

**Ingrid Knell ist zur Vorsitzenden des „Wetzlarer Interkulturellen Rates“ (WIR) gewählt worden, der sich im Neuen Rathaus konstituiert hat.**

Die Ärztin im Ruhestand setzte sich mit großer Mehrheit gegen drei Mitbewerber durch. Knell hatte im vergangenen Jahr mit dem DRK eine ärztliche Sprechstunde im Flüchtlingscamp Spilburg organisiert. Dabei habe sie viele positive Erfahrungen gemacht, die sie in die Arbeit des Rates einbringen könne. Außerdem blicke sie auf langjährige Erfahrungen mit Migranten und deren Entwurzelungsproblemen aus ihrer früheren beruflichen Tätigkeit als Betriebsärztin in Wetzlarer Großbetrieben zurück. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Amin Moawad gewählt, der dem Gremium als Vertreter der Industrie- und Handelskammer angehört. Er hat väterlicherseits ägyptische Wurzeln. Moawad nannte als wichtiges Ziel die berufliche Qualifizierung von Flüchtlingen und Vermittlung in eine Ausbildung, um eine gute Integration zu ermöglichen.

Der Interkulturelle Rat hat die Aufgabe, den Integrationsprozess zu fördern, auf die kommunalpolitische Willensbildung einzuwirken und dabei die gesellschaftliche Vielfalt durch Beteiligung aller relevanten Gruppen widerzuspiegeln. Oberbürgermeister Manfred Wagner (SPD), der dem Rat kraft Amtes angehört, wies darauf hin, dass die Stadtgesellschaft immer bunter werde. Mehr als 30 Prozent der Einwohner hätten einen Migrationshintergrund aus 115 verschiedenen Nationen, 12 Prozent hätten keine deutsche Staatsbürgerschaft. Er rief dazu auf, das

Zusammenleben aktiv zu gestalten „Wir definieren, wie wir miteinander leben wollen. Wir legen die Grundlage für die Zukunft unserer Stadt.“ Das „Integrierte Handlungskonzept“, das von der Stadtverordnetenversammlung 2013 beschlossen wurde, habe dazu die Einrichtung eines Interkulturellen Rates empfohlen, die man nun verwirklicht habe. Dem Rat gehören 28 Vertreter unterschiedlicher Vereinigungen an, die von der Stadtverordnetenversammlung gewählt wurden.

Mitglieder des Interkulturellen Rates: Manfred Wagner (Magistrat), Sandra Ihne-Köneke (SPD-Fraktion), Klaus Breidsprecher (CDU-Fraktion), Amber Luitjens-Taylor (Grünen-Fraktion), Jürgen Lauber-Nöll (FDP-Fraktion), Renate Pfeiffer-Scherf (FW-Fraktion), Hüseyin Demirel, Kadir Terzi, Faik Tiras (Ausländerbeirat), Harald Seipp (Wohnungswirtschaft), Irmtrude Richter (Gewerkschaften), Amin Moawad (Unternehmerverbände), Pfarrer Björn Heymer, Hermann Bernhard (Kirchen), Lufti Al-Amri, Aba Talip, Emin Özbek (Islamische Gemeinschaften), Corinna Cochet-Thibol (Sport), Sachkundige Einwohner: Mehmet Ali Karaaslan, Dr. Ingrid Knell, Karl-Ludwig Kreuzburg, Birsen Krüger, Dr. Mustapha Ouertani, Holger Pagels, Ileana Popa, Isabelle Christiana Rothermund, Erwin Schwabauer, Harald Würges. Drei Plätze sind unbesetzt: Jüdische Religion, Sonstige Glaubensgemeinschaften und ein Fraktionsvertreter.

Die Geschäftsführung des Interkulturellen Rates übernimmt das Koordinationsbüro der Stadt Wetzlar, Ansprechpartner ist Michael Schott.



Der Interkulturelle Rat der Stadt Wetzlar hat sich im Neuen Rathaus konstituiert.



Christoph Görg, Anzeigenredaktion

Liebe Leserin, lieber Leser, die nächste Ausgabe der Wetzlarer Nachrichten erscheint

Freitag, den 9. Dezember 2016

Anzeigen nehmen wir gerne auf bis Freitag, 25. November 2016  
Anfragen richten Sie bitte an:

goerg@spd-wetzlar.de  
Telefon 01 51- 46513386

# Stadt Wetzlar kann 6,35 Millionen Euro investieren

Finanzminister Dr. Schäfer übergibt 37 Förderzusagen im Rahmen des Kommunalinvestitionsprogramms (KIP) an die Stadt Wetzlar

**Hessen packt' s an: Wetzlar investiert kräftig mit Hilfe des Landes und des Bundes in den Alltag der Bürgerinnen und Bürger.**

37 Förderzusagen erhält die Stadt vom Land. Damit ermöglichen wir Projekte in ganz unterschiedlichen Bereichen – von der Kindergartenansanierung bis zur Straßenbaumaßnahme. Viele Menschen in Wetzlar werden die Verbesserungen tagtäglich spüren.

Möglich werden sie durch das Kommunalinvestitionsprogramm, kurz KIP. Rund 6,25 Millionen Euro kann die Stadt nun insgesamt mit diesen Zusagen investieren. „Davon trägt das Land rund 1,88 Millionen Euro.“ Das sagte Hessens Finanzminister Dr. Thomas Schäfer kürzlich beim Besuch der Kindertagesstätte Marienheim. Sie wird mithilfe des Bundeszuschusses aus dem KIP saniert. Dort überbrachte er dem Oberbürgermeister der Stadt, Manfred Wagner, die Förderzusagen des Landes im Rahmen des Hessischen Kommunalinvestitionsprogramms.

„Der kommunale Gebäudebestand wird in Zeiten unausgeglichener Haushalte oftmals vernachlässigt. Um Betriebsaufwendungen dauerhaft zu reduzieren und auch der Betreiberverantwortung gerecht werden zu können, sind die Fördermöglichkeiten des KIP äußerst hilfreich. Das gilt auch für die Stadt Wetzlar“, erklärte Oberbürgermeister Wagner. „Mit der Förderung können wir zum Beispiel in die Brandschutzsanierung und die energetische Ertüchtigung unserer Kindertagesstätte ‚Marienheim‘ investieren und das 1975 errichtete Gebäude auf einen aktuellen Stand bringen.“

Die Landesmittel aus dem KIP kommen den folgenden Projekten in Wetzlar zugute (Finanzierungsanteil des Landes in Klammern, soweit nicht anders vermerkt):

- Verkehrsgerechter Ausbau des **Verkehrsknotens „Franzenburg“** mit der Schaffung von behindertengerechten Übergängen sowie der Schulwegesicherung zu den nahegelegenen Schulen (1,04 Millionen Euro)
- **Barrierefreie Umgestaltung** verkehrswichtiger Verkehrsknoten (304.000 Euro)
- **Neues Rathaus** – Einzelmaßnahmen aus der Maßnahme Brandschutzsanierung, Aufzugumbau, Austausch Bodenbeläge, Schlosserarbeiten, Fliesenarbeiten, Schreinerarbeiten Küche und Errichtung einer Photovoltaikanlage (rund 204.000 Euro)
- **Altes Rathaus** – Errichtung eines Parkdecks und eines barrierefreien Zugangs zum Gebäude inklusive Gewölbesicherung (176.000 Euro)
- **Stadtteilbüro Hermannstein** – Brandschutzsanierung Gebäudeteil Mehrzwecksaal (88.000 Euro)
- Austausch der Straßenbeleuchtung gegen LED-Leuchten im **Karl-Kellner-Ring** und in der **Hauptstraße** (40.000 Euro)
- **Hauser Gasse** – barrierefreies Laufband im Pflasterbelag (28.000 Euro)
- **Friedhofskapelle Steindorf** – Erneuerung der vorhandenen Gaseinzelöfen (Bundesmittel rund 22.000 Euro)
- Energetische Sanierung der **Friedhofskapelle Dutenhofen** (Bundesmittel rund 38.000 Euro)
- **Friedhofskapelle Niedergirmes** – Erneuerung der Heizungsanlage (Bundesmittel rund 17.000 Euro)
- Energetische Sanierung der **Friedhofskapelle Münchholzhausen** (Bundesmittel rund 17.000 Euro)
- **Neuer Friedhof Wetzlar** – Erneuerung der Heizungsanlagen (Bundesmittel rund 180.000 Euro)
- **Sporthalle Münchholzhausen** – Erneuerung der Heizungsanlage (Bundesmittel rund 61.000 Euro)



Finanzminister Thomas Schäfer (rechts) überbrachte die Förderzusagen an Oberbürgermeister Manfred Wagner (Bildmitte) beim Besuch der Kindertagesstätte Marienheim

- **Heimathmuseum Naunheim** – Erneuerung der Heizungsanlage (Bundesmittel rund 15.000 Euro)
- **Lottehaus** – Erneuerung der Regelung und Fernüberwachung für Heizung und Lüftungsheizung (Bundesmittel rund 28.000 Euro)
- **Jerusalemhaus** – Erneuerung der Heizungsanlage (Bundesmittel rund 20.000 Euro)
- **Feuerwehr Steindorf** – Flachdachsanierung (Bundesmittel rund 23.000 Euro)
- **Feuerwehr Münchholzhausen** – Erneuerung der Heizungsanlage (Bundesmittel rund 20.000 Euro)
- **Feuerwehr Dutenhofen** – Energetische Sanierung des Flachdaches, Erneuerung der Heizungsanlage (Bundesmittel 54.000 Euro)
- **Feuerwehr Blasbach** – Erneuerung der Heizungsanlage (Bundesmittel rund 23.000 Euro)
- **Backhaus Hermannstein** – Erneuerung der Heizungsanlage (Bundesmittel 18.000 Euro)
- **Stadtteilbüro Naunheim** – Erneuerung der Heizungsanlage (Bundesmittel rund 20.000 Euro)
- **Stadtteilbüro Münchholzhausen** – Erneuerung der Heizungsanlage (Bundesmittel rund 22.000 Euro)
- Energetische Sanierung des **Stadtteilbüros Hermannstein** – Erneuerung der Fenster und der Außentür im Mehrzwecksaal (Bundesmittel rund 61.000 Euro)
- **Stadtteilbüro Dutenhofen** – Erneuerung der Heizungsanlage (Bundesmittel rund 35.000 Euro)
- **Kindertagesstätte Nauborn** – Renovierungs- und Sanierungsmaßnahmen (Bundesmittel rund 20.000 Euro)
- **Kindertagesstätte Regenbogenland in Hermannstein** – Erneuerung der Heizungsanlage und brandschutztechnische Nachrüstung (Bundesmittel rund 40.000 Euro)
- **Kindertagesstätte Garbenheim** – Sanierungs- und Brandschutzmaßnahmen (Bundesmittel rund 137.000 Euro)
- **Kindertagesstätte „Mullewapp“ Hermannstein** – Renovierungs- und Sanierungsmaßnahmen (Bundesmittel 45.000 Euro)
- **Kindertagesstätte Blasbach** – Sanierungs- und Brandschutzmaßnahmen (Bundesmittel rund 104.000 Euro)
- **Stadtteilbüro Nauborn** – Energetische Sanierung (Bundesmittel rund 16.000 Euro)
- **Kindertagesstätte Marienheim Wetzlar** – Sanierung und Brandschutzmaßnahmen (Bundesmittel 441.000 Euro)
- **Neues Rathaus – Flachdachsanierung** (Bundesmittel 855.000 Euro)
- **Kindertagesstätte Münchholzhausen** – Umbau und Erweiterung sowie Brandschutzsanierung (Bundesmittel rund 671.000 Euro)
- **Kindertagesstätte Abenteuerland Dutenhofen** – Umbau und Erweiterung sowie Erneuerung der Heizungsanlage (Bundesmittel 405.000 Euro)
- **Friedhofskapelle Garbenheim** – Austausch der Gaseinzelöfen (Bundesmittel rund 9.000 Euro)
- **Sporthalle Dutenhofen** – Erneuerung der Heizungsanlage (Bundesmittel 90.000 Euro)

Das Kommunalinvestitionsprogramm vereint Zahlungen des Landes, des Bundes und einen eigenen Anteil der Kommunen. Die Kommunen können entscheiden, was sie benötigen und durch das Programm finanzieren wollen.

Möglich etwa sind Investitionen in den Bau bezahlbarer Wohnungen, beispielsweise für Studenten, kinderreiche Familien und Flüchtlinge. Unterstützt werden beispielsweise auch der Ausbau der Ganztagsbetreuung an Schulen, die weitere Modernisierung von Krankenhäusern, die Sanierung von Straßen- und Gehwegen und der Bau von Radwegen, Investitionen in schnelleres Internet oder die Elektromobilität.

Das Hessische Kommunalinvestitionsprogramm ermöglicht den Kommunen Investitionen in Höhe von einer Milliarde Euro.



Hauser Gasse – barrierefreies Laufband im Pflasterbelag

**PLT**

**Karl-Heinz Panzer**  
Personal Leasing Team  
Zeitarbeit - Arbeitsvermittlung - Arbeitssicherheit

Lempstraße 23 • 35630 Ehringshausen  
Telefon 06443 / 83391-0 • Telefax 06443 / 83391 29

www.khp-plt.de • panzer@khp-plt.de

**Restaurant La Terrazza in Naunheim**

Das Restaurant La Terrazza möchte, dass sie unvergessliche Momente in unserem Haus erleben können. Wir stehen Ihnen mit italienischer und heimischer Küche zur Verfügung und unser Team verwöhnt sie mit neuen Weinen und verschiedenen Grappas. Wir bieten Ihnen auch ein täglich wechselndes Mittagsmenu. Für Feierlichkeiten bieten wir Platz für bis zu 120 Personen mit einem breiten Spektrum an Speisen, sowie Buffets in verschiedenen Größen.

Im Sommer steht unseren Gästen auch die Terrasse zur Verfügung.

Waldgirmeser Straße 38 · 35584 Wetzlar-Naunheim · Telefon 064 41 3 83 27 99  
Montag bis Sonntag von 11.30-14.30 und 17.30-23.30 Uhr

Wärmesysteme • Sanitär

**Ing. Hermann Schmidt** GmbH + Co KG

Neue Energien

Zukunftssicher heizen!

Wir sind die Experten für neue Energien!

Moritz-Hensoldt-Straße 20  
35576 Wetzlar  
Tel. (0 64 41) 2 10 43-0

www.ing-hermann-schmidt.de

## Offener Brief

Lieber Hans-Jürgen Irmer,

viele Jahre warst Du Mitglied der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Wetzlar.

Auch als Landtagsabgeordneter kennst Du dich in der Wetzlarer Stadtpolitik bestens aus. Um so mehr verwundert es mich, dass Du die Besetzung der vierten hauptamtlichen Stelle als schlechtes Beispiel von sparsamer Haushaltsführung darstellst.

Wo war Deine Kritik in den Jahren der CDU geführten Koalition von 1993-2011?

Auch in dieser Zeit gab es in Wetzlar vier „Verwaltungsspitzen“.

Seit der Auflösung der Stadt Lahn begann die neue vergrößerte Stadt Wetzlar mit der Oberbürgermeisterwahl von **Walter Froneberg** am 27. November 1979; der Wahl von **Herbert Fiedler** zum Bürgermeister und **Erwin Heller** zum Stadtrat. Am 21. August 1981 wählten die Stadtverordneten **Wolfram Dette** zum Kämmerer einer sozialliberalen Koalition.

Da waren es vier hauptamtliche. 1986 folgte auf den aus Altersgründen ausscheidenden **Erwin Heller**, **Wolfhard Herbst**. Auf Herbst folgte **Heinz Rauber**.

So ging es bis 1993. Die sozialliberale Koalition wurde durch die Abwahl von Fiedler und Rauber beendet. Froneberg und Dette blieben im Amt.

Die neue Koalition wählte **Klaus Breidsprecher** zum Bürgermeister und **Hermann Spory** zum Stadtrat.

(21.10.93) Da waren es wieder vier. Auf Spory (bis 10.2.98) folgte der heutige Geschäftsführer der Wetzlarer Verkehrsbetriebe **Manfred Thielmann** (ab 1.3.98).

1997 wurde **Wolfram Dette** zum Oberbürgermeister gewählt und **Froneberg** wurde am 27. November verabschiedet. Den freigewordenen Posten besetzte **Achim Beck**, er übernahm das Baudezernat (ab 1.3.98).

Den nächsten Wechsel auf einer hauptamtlichen Stelle gab es 2004, als **Peter Hauptvogel** (FW) auf **Manfred Thielmann** folgte.

Als **Klaus Breidsprecher** (CDU) 2007 altersbedingt ausschied, wurde die Bürgermeisterstelle durch **Helmut Lattermann** (CDU) besetzt. Seine Amtszeit begann am 1.2.2007.

Bis dahin können wir schon mal festhalten: Immer vier hauptamtliche Dezernenten in Wetzlar. **Peter Hauptvogel** schied nach nur einer Amtszeit am 31.5.2010 aus und am 1.6.2010 folgte ihm nahtlos **Harald Semler** (FW).

Nach der Kommunalwahl 2011 änderten sich die Mehrheitsverhältnisse in der Stadtverordnetenversammlung. Die neue Koalition aus SPD und Grünen wählte **Helmut Lattermann** ab, **Manfred Wagner** zum Bürgermeister und **Wolfgang Borchers** für den zum 30.11.2010 ausgeschiedenen Stadtrat **Beck**.

Der direkt gewählte Oberbürgermeister **Dette** (FDP) blieb genauso im Amt wie der kurz vorher gewählte Stadtrat **Semler**.

Der plötzliche Tod von Stadtrat **Wolfgang Borchers** (Grüne, von 1.9.2011 bis 31.8.2012) brachte **Norbert Kortlüke** (Grüne) ins Amt. Nach der Amtsübergabe (am 27.11.2015) von **OB Dette** an den direkt gewählten **OB Wagner** blieb die Bürgermeisterstelle zunächst unbesetzt, da man kurz vor der bevorstehenden Kommunalwahl keine „teuren“ Fakten schaffen wollte. **Wagner** übernahm das komplette Aufgabengebiet von **Dette** zusätzlich. 2016 endete auch die erste Amtszeit von **Harald Semler**. Jetzt sind wir in der Gegenwart an-

gekommen. Die Koalition aus SPD und Grünen, der inzwischen auch die Freien Wähler beigetreten waren, wählte am 15.6.2016 **Harald Semler** zum Bürgermeister und **Jörg Kratkey** zum Stadtrat. Da waren es wieder vier. Nachzureichen wäre noch die Wahlzeit von 1968-1972, als die Verwaltungsspitze mit **Arno Wiegand** (Bürgermeister), **Dr. W. Kuntze** (Erster Beigeordneter und Kämmerer), **Otto Malfeld** (Stadtrat) und **Georg Moeller** (Stadtrat) vierfach besetzt war.

Allen hauptamtlichen Stadträten,

Udo Volck



Bürgermeistern oder Oberbürgermeistern kann ich bescheinigen, dass sie fleißig und kompetent ihre Aufgaben im Dienst der Stadt wahrgenommen haben (vielleicht mit einer Ausnahme). Dabei waren sie immer auch ihre eigenen Referenten und Sachbearbeiter ohne viel Personal in ihren Vorzimmern.

Herzliche Grüße

Dein Udo Volck

## Hauptamtlicher Magistrat

| 1968 - 1972         | 1972 - 1976 *2   | 1979 - 1981 *1   | 1981 - 1985      | 1985 - 1989      |
|---------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| Arno Wiegand        | Otto Malfeld     | Walter Froneberg | Walter Froneberg | Walter Froneberg |
| Dr. Wolfgang Kuntze | Walter Froneberg | Herbert Fiedler  | Herbert Fiedler  | Herbert Fiedler  |
| Otto Malfeld        | Georg Moeller    | Erwin Heller     | Erwin Heller     | Wolfhard Herbst  |
| Georg Moeller       |                  |                  | Wolfram Dette    | Wolfram Dette    |

| 1993 - 1997 *3      | 1997 - 2001         | 2001 - 2006          | 2006 - 2011              | 2011 - 2016 *4    |
|---------------------|---------------------|----------------------|--------------------------|-------------------|
| Walter Froneberg    | Wolfram Dette       | Wolfram Dette        | Wolfram Dette            | Wolfram Dette     |
| Klaus Breidsprecher | Klaus Breidsprecher | Klaus Breidsprecher  | Breidsprecher/Lattermann | Manfred Wagner    |
| Hermann Spory       | Manfred Thielmann   | Thielmann/Hauptvogel | Hauptvogel/Semler        | Harald Semler     |
| Wolfram Dette       | Spory /Beck         | Achim Beck           | Achim Beck               | Borchers/Kortlüke |

\*1 nach Auflösung der Stadt Lahn

\*3 Koalition CDU/FDP/FW

\*2 danach Stadt Lahn

\*4 Koalition SPD/Grüne, später auch FW

Anzeige

## Die SPD-Fraktion im Wetzlarer Stadtparlament informiert

Die Sommerreise der SPD-Fraktion ins Jobcenter Lahn-Dill · Neue SPD-Stadtverordnete · Interview mit Sandra Ihne Köneke



Von links: **Waldemar Droß**, **Brigitte Droß**, **Karl-Heinz Kinkler** (alle SPD), **Peter Dubowy** (Jobcenter), **Sandra Ihne Köneke** (SPD Fraktionsvorsitzende), **Peter Schneider-Johann** (Jobcenter), **Tim Brückmann** (SPD) und **Marlies Polkowsky** (Jobcenter)

### SPD Sommerreise zum kommunalen Jobcenter Lahn-Dill

Am 28.07.2016 besuchte die SPD-Fraktion im Rahmen der jährlich stattfindenden Sommerreise das kommunale Jobcenter Lahn-Dill.

Begrüßt wurden die Fraktionsmitglieder von dem Vorstand Herrn **Peter Dubowy** und Frau **Marlies Polkowsky**. Herr **Dubowy** informiert die Anwesenden zu Beginn über die vielfältigen Aufgaben des kommunalen Jobcenters.

Ziel sei es, die Hilfsbedürftigkeit der KundInnen zu verringern oder zu beenden, so dass Arbeitssuchende auch ohne die Grundversicherung ihren Lebensunterhalt bestreiten können.

Stand Juni 2016 waren 11.750 Menschen im Leistungsbezug. Für diese sehr unterschiedlichen Menschen oder Kunden werden passgenaue Angebote gesucht, um die Arbeitslosigkeit zu beenden.

Für die Gruppe der unter 25-jährigen und der Schwerbehinderten

gibt es spezielle AnsprechpartnerInnen. Das Gesamtbudget für diese verantwortungsvolle Aufgabe, Menschen in die Erwerbsfähigkeit zu führen, liegt voraussichtlich im Jahr 2016 bei 19.544.254.- Euro.

Es sind mehr Frauen als Männer von einem SGB II-Bezug betroffen. Der Anteil der Alleinerziehenden im Leistungsbezug ist hoch.

In der offenen Diskussionsrunde wurden viele Detailfragen der Fraktionsmitglieder von der Geschäftsleitung beantwortet. Die

Fraktionsvorsitzende **Sandra Ihne-Köneke** betonte, wie wichtig die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist und das der Ausbau von Ferien/Betreuungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen ein großes Thema der Wetzlarer SPD ist.

Für die Einblicke in die sehr professionelle Arbeit des kommunalen Jobcenters bedankten sich alle Fraktionsmitglieder.

### Neue SPD Stadtverordnete im Stadtparlament

**Andrea Lich-Brand**



Wir freuen uns über **Andrea Lich-Brand**, die neu im Stadtparlament vertreten sein wird. Ihre vielfältigen Interessen und die Fachkompetenz der 54-jährigen Pädagogin aus Münchholzhausen werden die SPD Fraktion bereichern. Sie wird für die SPD ihren Tätigkeitsschwerpunkt im Sozialausschuss aufnehmen.

**Karl-Heinz Kinkler**



Nun hat Großbritannien den Salat. Das britische Volk hat entschieden und das Königreich wird die Europäische Union verlassen. Und schon wenige Wochen nach dem Referendum hat man den Eindruck, das „Volk“ würde nicht noch einmal so entscheiden. Vielen dämmert erst jetzt, was auf das Land und seine Bürger zukommt. Und die lautstarken Befürworter des Brexit haben bis heute keine wirkliche Idee, wie ihr Land fernab der Europäischen Union agieren soll. Auf jämmerliche Weise haben sie sich zurückgezogen und lassen andere den Karren aus den Dreck ziehen. Nur einer der Brexit-Drahtzieher ist noch dabei – Boris Johnson als Außenminister. Ausgerechnet er, der Rüpel-König, als Chefdiplomat des Vereinigten Königreichs. Aber das soll nicht unser Problem sein.



Wir haben in unserem Land eine andere Diskussion. Nämlich die, ob auch in Deutschland die direkte Demokratie bei grundsätzlichen europäischen Verträgen praktiziert werden sollte. Das fordern nicht nur die gnadenlosen Populisten von links und rechts. So die rechtsradikale „Alternative für Deutschland“, die alles andere als eine erstrebenswerte Alternative ist. Aber auch auf der anderen Seite des Parteienspektrums reiht sich Sahra Wagenknecht, die Fraktionsvorsitzende der Linken, in die Reihe derer ein, die Demokratie nur dann verwirklicht sehen, wenn das Volk direkt entscheidet. Und sie meint insbesondere Europa. Keine Frage, am Stammtisch kommt das an – und so ist es kein Wunder, dass nun auch die CSU-Matadore und Stammtisch-Experten Horst Seehofer und Edmund Stoiber ins gleiche Horn blasen: Volksabstimmungen bei Fragen der Europäischen Union.



Brexit – Europäische Union ohne England

Andere warnen. Bundespräsident Joachim Gauck sagt, wegen der Komplexität der Probleme müssten oft schwierige Kompromisse gefunden werden, die mit Volksentscheidungen nicht möglich seien. In der Tat hat Großbritannien gezeigt: in aufgeheizten Wahlkampfzeiten ist es kaum möglich, dem vielbeschworenen Volk komplexe Vorgänge zu vermitteln. Gegen populistische Parolen, Lügen, Drohungen und Angstmacherei hatten die Pro-Europäer in Großbritannien mit dem Versuch differenzierter, aufklärender Argumentation keine Chance. Die Leidtragenden sind nicht die populistischen Drahtzieher, sondern die Masse der Menschen. Aber sie, „das Volk“, hat so entschieden. Eine begriffliche Klärung vorweg: bei einem Volksentscheid, wie wir ihn aus der Schweiz kennen, wird über einen aus dem Volk heraus initiierten Vorschlag abgestimmt. Bei einem Referendum dagegen wird über eine Vorlage einer Regierung – oder eines Parlaments – entschieden. Letzteres hatten wir in Großbritannien. Premierminister David Cameron wollte sich seine Entscheidung pro EU absegnen lassen, vor allem um seine Kritiker in den Griff zu bekommen. Er ist gescheitert und hat einen hohen persönlichen Preis dafür bezahlt. Auch Frankreich hat das schon mal erlebt. Der legendäre Präsident Charles de Gaulle hatte seinerzeit in einem Referendum sein Volk über eine Regional- und Senatsreform abstimmen lassen. Auch er glaubte, mit Volkes Zustimmung leichter die von ihm gewollte Reform umsetzen zu können

## BÖKELS KOLUMNE

als mit den widerspenstigen Opponenten seiner eigenen, aber auch der oppositionellen Parteien. Und auch er scheiterte und trat – wie Cameron – sofort zurück. Derartige Plebiszite, bei denen Regierungen nur ihre eigene Entscheidung absegnen lassen wollen, haben mit direkten Volksrechten wenig zu tun, meint der Wissenschaftler Gebhard Kirchgässner. Recht hat er. Und so sei es nicht überraschend, dass oft nicht das erhoffte Ergebnis herauskommt.



Unterstellen wir, dass sich die Idee der direkten Demokratie für europäische Fragen durchsetzt, wie von Seehofer bis Wagenknecht gefordert. Über einen Austritt oder Verbleib Deutschlands in der Europäischen Union könnte dann, wenn die verfassungsmäßigen Voraussetzungen gegeben sind, direkt demokratisch problemlos entschieden werden. Die anderen Länder wären nur indirekt betroffen. Aber die Protagonisten der direkten Bürgerbeteiligung wollen die ja auch ganz ausdrücklich auch für die europäischen Verträge. Bei denen gilt allerdings das Einstimmigkeitsprinzip. Das heißt, alle – noch – 28 Staaten müssen dem zustimmen. Schert ein Land aus, ist der Vertrag gescheitert. Wer direkte Demokratie fordert, muss das natürlich allen Mitgliedsländern zu billigen. Es bedarf keiner großen Phantasie, dass dann das europäische Projekt gestorben ist. Die jüngere Vergangenheit zeigt: es wird nie gelingen, alle „Völker“ für eine notwendige Vertrags-Reform zu gewinnen, egal ob die Parlamente oder das Volk entscheiden. Die Konsequenz kann dann nur sein, sich vom Einstimmigkeitsprinzip zu verabschieden – mit der Konsequenz, dass zum Beispiel auch Deutschland mehrheitlich überstimmt werden kann. Auch das wäre demokratisch. Aber ob das wohl die Seehofers und Wagenknechts bedacht haben und so wollen?



Die Mütter und Väter unserer Staatsverfassung, des Grundgesetzes, haben sich – bestätigt durch ein folgendes Referendum – für die repräsentativ-parlamentarische Demokratie entschieden. Bei allen Unzulänglichkeiten: dabei sollte es bleiben. Die vom Volk gewählten Parlamente und Regierungen können und müssen ihrer Verantwortung nachkommen – dafür werden sie gewählt und im Zweifel wieder abgewählt. Und schon gar nicht dürfen wir mit populistischen Spielereien über das Wahlrecht das Projekt Europa gefährden. Direkte Demokratie auf nationaler und europäischer Ebene stärkt nicht die demokratische Entwicklung, sondern gefährdet sie.

Vergessen wir nicht und sagen wir es unseren Kindern: in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts war Europa Schauplatz von zwei verheerenden Weltkriegen. Unser Kontinent gebar den Kommunismus, den Nationalsozialismus und den Faschismus. Und seitdem leben wir in Frieden. Es ist – bei allen Problemen und Herausforderungen – die wohlhabendste und freieste Zeit, die Europa je erlebt hat. Damit es so bleibt, müssen wir hart daran arbeiten. Und die Politik muss die Abstimmung in Großbritannien als deutliches Signal verstehen. Das Vertrauen in die europäische Politik ist nicht nur auf der Insel zu einem guten Teil verbraucht – nicht zuletzt, weil nationale Politik – die deutsche eingeschlossen – allzu leicht dazu neigt, eigene Unzulänglichkeiten „denen in Brüssel“ in die Schuhe zu schieben. Es muss gelingen, Europa so zu gestalten, dass Populisten und Rattenfänger keine Chance mehr haben.



Zur Klarstellung. Bei aller Skepsis, die ich gegenüber Volksentscheiden auf nationaler Ebene



Gerhard Bökel war seit 1978 Landtagsabgeordneter für Wetzlar, Landrat des Lahn-Dill-Kreises und später Innen- und Landwirtschaftsminister

habe: die Möglichkeit von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden im kommunalen Bereich ist eine ganz andere Sache. Hier können Bürgerinnen und Bürger selbst ein Thema auf die kommunalpolitische Agenda bringen. Das ist ein sinnvolles Instrumentarium von Bürgerbeteiligung. Genauso wie die Möglichkeit der Gemeindevertretung/Stadtverordnetenversammlung, eine weitreichende Entscheidung den Bürgern zur Abstimmung vorzulegen. Sicher, auch hier geht es oft um schwierige, komplexe Sachverhalte. Die politisch Verantwortlichen haben aber die Chance oder sind, je nachdem, gezwungen, zu argumentieren, sich den Bürgern direkt zu stellen. Plumper Populismus hat da keine Chance.



Ein geradezu musterhaftes Beispiel von Bürgerbeteiligung ist der in Wetzlar von Oberbürgermeister Manfred Wagner eingeleitete Diskussions- und Entscheidungsprozess zum Freibad Domblick. Die Bürgerschaft wird eingebunden, ihre Sachkunde wird eingebracht, es gibt offene Diskussionen und transparente Entscheidungswege. Politik so gemacht, verstärkt das Vertrauen in politisches Handeln.



Kemal Yüksel

Kemal Yüksel ist zum 3. Mal in die Stadtverordnetenversammlung eingezogen. Die ruhige besonnene Art des 55-jährigen Maschineneinrichters und Produktionsprüfers aus Naunheim, schafft eine angenehme Arbeitsatmosphäre im Sozialausschuss, wie in der Fraktion.

Ganz herzlich begrüßen wir Karl-Heinz Kinkler wieder im Stadtparlament. Seine langjährige Erfahrung als Stadtverordneter ist ein Gewinn bei komplexen Sachverhalten. Der 61-jährige Angestellte aus Naunheim wird sich im Umwelt- und Verkehrsausschuss engagieren.

## Interview mit Sandra Ihne-Köneke, der neuen SPD-Fraktionsvorsitzenden

**Die neue SPD Fraktionsvorsitzende Sandra Ihne-Köneke zu ihren Beweggründen, diese verantwortungsvolle Aufgabe zu übernehmen und welche Schwerpunkte sie sich gesetzt hat.**

**Frau Ihne-Köneke was hat Sie gereizt, sich für die Position der Fraktionsvorsitzenden zur Wahl zu stellen?**

Zunächst möchte ich erst einmal sagen, dass die SPD Fraktion ein sehr gutes Team ist, mit engagierten Menschen, die auf unterschiedlichen Ebenen für eine gute Stadtpolitik für die Bürger/innen in Wetzlar aktiv sind. Der Erfolg des ehrenamtlichen, kommunalpolitischen Engagements zeigt sich an einem SPD Stadtverordnetenvorsteher, SPD Oberbürgermeister und einem SPD Dezernenten im Magistrat.

Wie bei anderen ehrenamtlichen Positionen in Vereinen und

Verbänden auch wurden vor meiner Wahl Gespräche geführt. Ich habe für meine Entscheidung Gespräche innerhalb der Fraktion, in der Familie, mit Freunden und Bekannten geführt.

Wetzlar ist eine aufblühende Stadt. Sie ist in den letzten fünf Jahren sozialer und demokratischer geworden. Konkret meine ich zum Beispiel die Wetzlar-Card, präventive Maßnahmen im Kinder- und Jugendschutzbereich, sowie Beteiligungsmöglichkeiten für Wetzlarer Bürger/innen z.B. beim Stadthaus am Dom oder beim Freibad. Positive Veränderungsprozesse anzustoßen und zu begleiten macht mir Spaß. Veränderungsprozesse dürfen aber nicht nur zu Gunsten einiger weniger stattfinden, sondern es muss das Allgemeinwohl berücksichtigt werden. Das ist mir wichtig und dafür übernehme ich gern mehr Verantwortung.

**Daraus ergibt sich fast schon die nächste Frage. Welche Schwerpunkte möchten Sie setzen?**

Mein Schwerpunkt liegt auf einer gerechten Stadtpolitik. Eine gerechte Stadtpolitik zeigt sich daran, wie verantwortungsvoll wir mit Armen, Kranken und Behinderten umgehen. Wie erhalten wir die Selbständigkeit, des genannten Personenkreises? Das fängt bei der Mobilität an, die durch Behinderung und Armut eingeschränkt wird, betrifft aber natürlich auch „Wohnen“, „Arbeiten“, „Lernen“, „Pflege“ und „Gesundheit“. Inklusion und Integration von Ausländern halte ich für eine Sicherheitsgarantie in einer Stadtgesellschaft. Keiner sollte sich abgehängt oder aussortiert fühlen. Denn wer nichts zu verlieren hat ist sehr viel eher bereit sich, extremistischen Strömungen, ob religiöser oder politischer Art, zuzuwenden.



Sandra Ihne Köneke

Ich werde weiterhin benachteiligte Familien im Fokus haben und Konzepte zur Verbesserung der Lebensqualität unterstützen. Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist mir sehr wichtig. Um als Unternehmensstandort attraktiv zu sein spielen weiche Faktoren eine immer größere Rolle. Gerecht ist natürlich auch die Haushaltskonsolidierung, um nachfolgende Generationen nicht zu belasten. Investitionen in die Infrastruktur sind immer zukunftsorientiert und eine Notwendigkeit aller wirtschaftlichen Unternehmungen. Leider haben die letzten 5 Jahre nicht gereicht um den gravierenden Sanierungsstau in vielen Bereichen der Stadt zu beheben. Wir werden die kommende Regierungszeit nutzen, die Pflichtaufgaben der Stadt Ernst zu nehmen und bleibende Werte für die Wetzlarer Bürger/innen zu schaffen.

# Peter Helmut Weber wieder Ortsvorsteher in Münchholzhausen

SPD stärkste Fraktion im Ortsbeirat. Sie will die gute Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen fortsetzen.

**Erneut einstimmig, wie auch 2011, wählte der neue Ortsbeirat am 26.04.2016 in seiner 1. Sitzung nach der Kommunalwahl Peter Helmut Weber zum Ortsvorsteher.**

Erster Punkt in dieser Sitzung war die Verabschiedung des langjährigen Ortsbeiratsmitgliedes Renate Schweickert. Der bisherige Ortsvorsteher Peter Helmut Weber bedankte sich bei Renate Schweickert für die langjährige ehrenamtliche Tätigkeit.

Dem Gremienältesten Dieter Steinruck wurde die Wahlleitung zur Wahl des Ortsvorstehers übertragen.

Nach der Wahl von Peter Helmut Weber (SPD) zum Ortsvorsteher wurde anschließend Dieter Steinruck (CDU) als Stellvertreter der Ortsvorsteher einstimmig wiedergewählt. Die weiteren Wahlen zum 1. Schriftführer (Martin Steinruck, CDU) und Stellvertreter (Tim Brückmann, SPD) wurden zügig vorgenommen. Ortsvorsteher We-

ber bedankte sich nach den Wahlen für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und versprach weiterhin gute Zusammenarbeit mit der CDU-Fraktion zum Wohle Münchholzhausens.

OB Manfred Wagner begrüßte den neuen Ortsbeirat Münchholzhausen und betonte, dass er sich auf die zukünftige Zusammenarbeit freut.

Auch er bedankte sich noch einmal bei dem ehemaligen Mitglied Renate Schweickert.

*Ortsbeirat Münchholzhausen  
Von links: Tim Brückmann (SPD), stellvertretender Ortsvorsteher Dieter Steinruck (CDU), Sabine Schmidt (SPD), Andrea Lich-Brand (SPD), Martin Steinruck (CDU), Ortsvorsteher Peter Helmut Weber (SPD), Dr. Jörg Schneider (CDU), Stadtrat Manfred Viand als Gast (CDU), Christian Martz (SPD) und Christian Cloos (CDU).*



Foto: Heiner Jung

# Andrea Volk bleibt Ortsvorsteherin in Naunheim

Starke SPD-Fraktion im Ortsbeirat Naunheim vom Wähler bestätigt

**In der konstituierenden Sitzung des Ortsbeirates Naunheim am 26. April 2016 wurden die bisherige Ortsvorsteherin Andrea Volk und der stellvertretende Ortsvorsteher Winfried Jung, beide SPD, jeweils einstimmig wiedergewählt.**

Beide bedankten sich für das erneut entgegengebrachte Vertrauen und verbanden diesen Dank mit der Hoffnung auf eine weitere faire und am Wohle Naunheims orientierte Zusammenarbeit.

Neu in das Gremium gewählt wurden bei der Kommunalwahl am 6. März Carl-Peter Greis, Heinz Hofmann und Thomas Meißner.

Oberbürgermeister Manfred Wagner, der vor seiner hauptamtlichen Tätigkeit im Magistrat selbst über drei Jahrzehnte Mitglied des Naunheimer Ortsbeirats war, nahm an der konstituierenden Sitzung ebenfalls teil.

Er übermittelte dem neuen Ortsbeirat Grüße und Glückwünsche aus dem Rathaus und bedankte sich für das ehrenamtliche Engagement.

Der besondere Dank galt den ausgeschiedenen Mitgliedern Dr. Barbara Greis, Gabriele Köhlinger und Manfred Schäfer, die zusammengezählt diesem Gremium über 50 Jahre hinweg angehört haben.

*Der Naunheimer Ortsbeirat 2016*

*Stehend von links: Thomas Meißner (FDP), Hans-Martin Fries (FW), Christian Simon (SPD), Helmut Lepper (SPD), Heinz Hofmann (CDU).*

*Sitzend von links: Marion Kauck (SPD), Winfried Jung (SPD), Ortsvorsteherin Andrea Volk (SPD), Carl-Peter Greis (Bündnis 90/Die Grünen)*



# Ortsvorsteherin in Steindorf ist Dunja Boch

Die SPD ist stärkste Fraktion

**In der konstituierenden ersten Ortsbeiratssitzung am 04.05.2016 wurde Dunja Boch (FW) einstimmig zur neuen Ortsvorsteherin gewählt.**

Stellvertretender Ortsvorsteher Reiner Nokielski (SPD) wurde ebenso einstimmig gewählt wie

die Schriftführerin Nina Boch und der Stellvertreter Rene Feth (SPD).

Der Dank aller mit einem kleinen Präsent ging an Bernhard Noack (CDU) für dessen guter Arbeit als Ortsvorsteher in den letzten zwei Legislaturperioden.

*Von links: Helmut Kräuter (CDU), Klaus Martin (FW), Ortsvorsteherin Dunja Boch (FW), Bernhard Noack (CDU), Steffen Wallbach (SPD), stellv. Schriftführer Rene Feth (SPD), Schriftführerin Nina Boch (SPD), stellv. Ortsvorsteher Reiner Nokielski (SPD), Gudrun Kräuter (SPD), OB Manfred Wagner (SPD)*





# Peter Pausch bleibt Ortsvorsteher in Nauborn

OB Wagner bedankt sich bei den Mitgliedern des Ortsbeirates für die ehrenamtliche Tätigkeit zum Wohl der Nauborner Bürger

**Der neu gewählte Nauborner Ortsbeirat hat in seiner ersten Sitzung den bisherigen Ortsvorsteher Peter Pausch (SPD) mit großer Mehrheit wiedergewählt.**

Er erhielt in geheimer Wahl bei einer Enthaltung sechs Ja-Stimmen und eine Nein-Stimme.

Anschließend wählten die Mitglieder des Ortsbeirates Renate Pfeiffer-Scherf (FW) einstimmig zur Stellvertretenden Ortsvorsteherin. Die Wahlversammlung, bei der auch Oberbürgermeister Manfred Wagner (SPD) anwesend war, wurde zügig durchgeführt. Wagner und Pausch bedankten sich in ihren Ansprachen bei allen ehemaligen und jetzigen Ortsbeiratsmitgliedern für

ihre ehrenamtliche Tätigkeit zum Wohle der Nauborner Mitbürger. Stellvertretend für Achim Neul und Jürgen Glaum (beide SPD-Ortsbeiratsmitglieder von 1997 bis 2016) und Stefan Beckmann (FW-Ortsbeirat von 2011 bis 2016) bedankte sich Oswald Kunz als dienstältester Parlamentarier für die gute Zusammenarbeit in den Gremien. Kunz war nahezu 50 Jahre in der Nauborner und Wetzlarer Kommunalpolitik tätig.

Am Ende der Versammlung wurde Amber Luitjens-Taylor in Abwesenheit zur Schriftführerin des Nauborner Ortsbeirates einstimmig gewählt, ein(e) Stellvertreter(in) soll in einer der nächsten Sitzungen bestimmt werden.



Oberbürgermeister Manfred Wagner (4. von links) mit den neuen Ortsbeiräten von Nauborn, von links nach rechts: Uwe Lang (CDU), Thekla Adamietz (CDU), Edmund Räther (SPD), Ortsvorsteher Peter Pausch (SPD), Hans-Werner Beck (SPD), Stellvertretende Ortsvorsteherin Renate Pfeiffer-Scherf (FW), Michael Hundertmark (CDU), Sandra Ihne-Köneke (SPD) und Dr. Wolfgang Bunk (FDP).

# Ulrich Loh als Ortsvorsteher in Dutenhofen bestätigt

SPD wieder stärkste Fraktion im Ortsbeirat Dutenhofen

**Einstimmig wählte der Ortsbeirat Dutenhofen in seiner 1. Sitzung nach der Kommunalwahl erneut Ulrich Loh zum Ortsvorsteher.**

Seit 1979 hat er in ununterbrochener Folge durch jeweils einstimmige Wahlen dieses Amt inne.

Ulrich Loh bedankte sich für das ihm wieder entgegengebrachte Vertrauen. Er will die seitherige gute gemeinsame und sachbezogene Ar-

beit im Ortsbeirat, mit der Interessengemeinschaft Dutenhofen und der Vereinsgemeinschaft, auch in seiner letzten Amtsperiode fortsetzen.

Oberbürgermeister Manfred Wagner gratulierte Ulrich Loh zur Wiederwahl. Es schlossen sich Glückwünsche der Fraktionen, der Interessengemeinschaft und der Vereinsgemeinschaft an.



Ortsbeirat Dutenhofen nach der Kommunalwahl.

Von links nach rechts: Bernd Müller (FW), Ulrich Loh (SPD) Ortsvorsteher, Dieter Agel (SPD), Thorsten Loh (SPD), Bernd Agel (FW), Björn Höbel (CDU), Andreas Altenheimer (CDU), OB Manfred Wagner (SPD).

# Garbenheim bestätigt Waldemar Dross als Ortsvorsteher

Die SPD bleibt stärkste Fraktion im Ortsbeirat

**Ortsbeirat Garbenheim - Bürgernähe im Vordergrund**

Schon zum zweiten Mal haben die Garbenheimer Wähler bei der Kommunalwahl im vergangenen März den Kandidaten der SPD-Liste mit absoluter Mehrheit und deutlichem Stimmenzuwachs das Vertrauen ausgesprochen. Vier von insgesamt sieben Ortsbeiratsmitgliedern sind über den Wahlvorschlag der Garbenheimer Sozialdemokraten in das Gremium gewählt worden.

„Dabei hat die Frage von Parteizugehörigkeit für die Arbeit im Ortsbeirat zu keinem Zeitpunkt eine Rolle gespielt“ betont Ortsvorsteher Waldemar Dross.

Nahezu alle Beschlüsse des Gremiums, auch Personalentscheidungen, seien in den vergangenen Jahren im Konsens, und somit einstimmig getroffen worden. Der Ortsbeirat habe sich daran zu orientieren, was für den Stadtteil und

seine Bewohner von Belang sei.

Er sehe sich ausschließlich als Interessenvertretung und Stimme der Bürger vor Ort.

Die Aufgabe des Ortsbeirates sei, den Magistrat in Fragen, die den Ortsbezirk betreffen, zu beraten und Anregungen zu geben. Die eigentlichen Entscheidungen werden durch den Magistrat oder die Stadtverordnetenversammlung getroffen. So schreibt es die Hessische Gemeindeordnung vor.

Für den Garbenheimer Ortsbeirat seien besonders Bürgernähe und Bürgerbeteiligung ein zentraler Punkt, auf den man Wert lege.

So biete der auf Initiative der SPD schon nach der Kommunalwahl 2011 eingeführte regelmäßige Tagesordnungspunkt „Bürgerfragestunde“ jedem Bürger des Stadtteils zu Beginn jeder Ortsbeiratssitzung die Möglichkeit, dem Gremium Fragen zu stellen und Anliegen ohne irgendwelche formale Hürden vorzutragen.



Die SPD-Mitglieder des Garbenheimer Ortsbeirates 2016

Von links: Ortsvorsteher Waldemar Dross, Ingeborg Koster, Anne Hartmann und Matthias Lenz

Erst vor wenigen Wochen habe der Ortsbeirat auf seinen Vorschlag hin einstimmig beschlossen, Besuchern der Ortsbeiratssitzungen Rederecht auch zu den anderen Punkten der Tagesordnung einzuräumen. Besucher und Zuhörer können ab sofort in den Ortsbei-

ratssitzungen mit diskutieren und ihre Auffassung zu den aufgerufenen Themen einbringen.

Ein weiteres wichtiges Element von Bürgerbeteiligung ist die Einberufung einer Bürgerversammlung, die auch als Teilbürger-versammlung stadteilbezogen

durchgeführt werden kann. Themen, die es im Zuge eines Dialoges zwischen Garbenheimer Bürgern und verantwortlichen hauptamtlichen Magistratsmitgliedern zu erörtern wären, gäbe es jedenfalls genug.

# Langjähriges Engagement in der Freiwilligen Feuerwehr gewürdigt

Bereitschaft gewürdigt, uneigennützig zu helfen – so wie es die Freiwilligen in den Feuerwehren tun

Im Rahmen des diesjährigen Ehrungsabends konnte Oberbürgermeister Manfred Wagner (SPD) gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Kreisfeuerwehrverbandes Wetzlar und des Verbandsjugendfeuerwehrwartes Rainer Jüngst 41 Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Wetzlar für ihr langjähriges und herausragendes Engagement auszeichnen.

So wurden Wetzlarer Feuerwehrkameradinnen und Feuerwehrkameraden mit der Anerkennungsprämie des Landes Hessen, mit dem Brandschutzehrenzeichen des Landes und dem Brandschutzehrenzeichen der Stadt Wetzlar, dem Ehrenkreuz des Deutschen Feuerwehrverbandes, der Floriansmedaille der Hessischen Jugendfeuerwehr und der Ehrennadel der Deutschen Jugendfeuerwehr ausgezeichnet. U. a. verlieh Brandschutzdezernent Manfred Wagner auch das städtische Brandschutzehrenzeichen der Sonderstufe an seinen Amtsvorgänger Wolfram Dette.

Manfred Wagner würdigte in seiner Ansprache das vielfältige und



Oberbürgermeister Manfred Wagner (Bildmitte) mit den Geehrten der Freiwilligen Feuerwehr Wetzlar

engagierte Wirken der Einsatzkräfte. Zugleich sprach der Oberbürgermeister den Dank der Stadtgesellschaft für die stete Einsatzbereitschaft aus. An die Geehrten gerichtet sagte der Oberbürgermeister: „Goethe fragt in seinem Faust, was die Welt in ihrem Innersten wohl zusammenhält. Diese Frage wird für mich mit der Bereitschaft, uneigennützig zu helfen – so wie

es die Freiwilligen in den Feuerwehren tun – beantwortet.“ In seinen Dank bezog Wagner die Partnerinnen und Partner der Auszeichnenden ebenso ein wie die Arbeitgeber, ohne deren Rückhalt es nicht möglich wäre, den Dienst in der Freiwilligen Feuerwehr auszuüben und das zum Teil über viele Jahrzehnte.

„Mit großer Freude habe ich

auch aufgenommen, dass der Feuerwehrverband unseren Ehrungsabend immer wieder als beispielhafte Würdigung des Ehrenamtes bewertet“, stellte Manfred Wagner fest.

Rechts: Auszeichnung von Wolfram Dette (links) durch OB Manfred Wagner (rechts)



## „Klangkörper“ im Rathaus

Vorschau auf eine Ausstellung: Ein Porträt des Wetzlarer Kammerorchesters – Fotografien von Bernd Deck

Fotografieren machen keine Musik, aber sie können das Musikmachen dokumentieren und Lust darauf machen.

So auch eine Ausstellung in der Galerie des neuen Rathauses Wetzlar. Vom 6. Oktober bis 13. November dort zu sehen: „Klangkörper – ein Porträt des Wetzlarer Kammerorchesters in Fotografien von Bernd Deck“.

Das Wetzlarer Kammerorchester, 1973 von Martin Knell gegründet, ist ein weit über Wetzlar hinaus bekanntes und renommiertes Amateur-Orchester. Es leistet seinen Beitrag zum regionalen Kulturleben u. a. mit regelmäßigen Konzerten in Wetzlar sowie Serenadenkonzerten und Opernproduktionen im nahe gelegenen Kloster Altenberg.

Über vier Jahre hinweg hat der in Wetzlar lebende Journalist und Fotograf Bernd Deck diesen „Klangkörper“ mit seiner Kamera beobachtet. Er begleitete das WKO bei vielen Proben und Auftritten, so etwa dem „Friedenskonzert“ 2015. Das fand zum 70. Jahrestag des Kriegsendes und unter Mitwir-

kung von Gast-Musikern aus 17 am Zweiten Weltkrieg beteiligten Nationen in der Wetzlarer Stadthalle statt.

Fotografisch festgehalten hat Bernd Deck auch einige Opernproduktionen des WKO: 2012 und zu Beginn des Hessesentages die Uraufführung der Schlemm-Oper „Der Kaiser“ im Wetzlarer Dom, 2015 die „Fidelio“-Inszenierung im Kloster Altenberg.

Bernd Deck, der schon mehrmals in der Domstadt ausstellte, hat sein fast 60 Bilder umfassendes „Porträt“ des WKO in Schwarzweiß-Aufnahmen gestaltet. Die Bilder sollen Konzentration und Hingabe der Musiker vermitteln und auch deren Anspannung und Spielfreude dokumentieren.

Die Vernissage findet am Donnerstag, 6. Oktober 2016, 18 Uhr statt.

Das Wetzlarer Kammerorchester wird für den musikalischen Rahmen sorgen und dazu das „Klarnettenkonzert“ von Carl Maria von Weber mit der Solistin Elisabeth Böttcher aufführen.



Konstantin Heintel als Tile Kolum in der Opern-Uraufführung „Der Kaiser“ 2012 im Wetzlarer Dom



Das WKO 2013 bei seinem Jubiläumskonzert in der Wetzlarer Stadthalle

ZWEIRAD  
**Sarges**  
seit 1949  
**Vespa**  
Älteste Werksvertretung Deutschlands!  
35576 Wetzlar • Hessenstraße 1  
06441/94570 • www.zweirad-sarges.de

Schlosserei Metallbau  
**Lang Stahlbau**  
Schlosserei Metallbau  
Tel: 06445 73 27  
35641 Schöffengrund OT Laufdorf  
Industriegelände - Eichenhain 7  
E-Mail: info@langstahlbau.de  
www.LangStahlbau.de

# HSG Wetzlar gut vorbereitet in die 19.(!) Erstliga-Saison

Dutenhofener Eigengewächs Fabian Kraft fest im Erstligakader. „Ziel, für das ich hart gearbeitet habe, seit ich Handball spiele!“

**Die Bundesliga-Handballer der HSG Wetzlar stehen vor dem Start in die neue Saison 2016/2017 in der DKB Handball-Bundesliga.**

Dies ist dann bereits die 19. Erstliga-Spielzeit der Grün-Weißen in Folge. Seit dem 18. Juli bereiten sich die Mittelhessen unter der Leitung von Trainer Kai Wandschneider auf die neuen Aufgaben in der „stärksten Liga der Welt“ vor, mit dabei ist auch der gebürtige Dutenhofener Fabian Kraft.

Der 23-jährige gehört seit dieser Saison zum festen Stamm des Wetzlarer Bundesligakaders und wird gemeinsam mit Maximilian Holst die Linksaußen-Position besetzen. „Fabian hat bei der HSG Dutenhofen/Münchholzhausen alle Jugendmannschaften durchlaufen, ebenso in der Hessenauswahl“, verrät HSG-Geschäftsführer Björn Seipp. „Trotzdem ist der Schritt aus dem Nachwuchsbereich in die 1. Handball-Bundesliga riesig. Das gelingt nur in absoluten Ausnahmefällen!“

Kraft, der mittlerweile ein Lehramtsstudium erfolgreich abgeschlossen hat, musste unter der Leitung der HSG Wetzlar einen notwendigen Umweg gehen und zwei Jahre Spielpraxis in der 3. Liga, bei TV Groß-Umstadt, sammeln. „Diese Lehrjahre haben ihm

gut getan und er ist jetzt spielerisch und körperlich soweit, den Sprung in die Bundesliga schaffen zu können“, weiß der Geschäftsführer.

Kraft, dessen Vater Oliver auch bereits für die 1. Mannschaft der HSG spielte, hat einen Vertrag bis zum 30. Juni 2017 unterzeichnet. „Es ist toll, jetzt ein fester Bestandteil der Mannschaft zu sein. Das war immer mein Ziel, für das ich seitdem ich Handball spiele, hart gearbeitet habe. Ich habe große Lust auf die neuen Aufgaben, die auf mich zukommen werden und in die ich mich extrem reinknien werde, denn in der 1. Liga bekommt man nichts geschenkt“, so der 23-jährige. Er ist also unter anderem nach Nikolai Weber, Kevin Schmidt, Christian Rompf oder Sebastian Weber der nächste gebürtige Mittelhessen, der bei der HSG Wetzlar die Chance bekommt, sich im deutschen Handball-Oberhaus zu beweisen.

|                                  |                     |
|----------------------------------|---------------------|
| <b>Name:</b>                     | <b>Fabian Kraft</b> |
| <b>Position:</b>                 | <b>Linksaußen</b>   |
| <b>Trikotnummer:</b>             | <b>24</b>           |
| <b>Geburtstag:</b>               | <b>30.01.1993</b>   |
| <b>Bei der HSG Wetzlar seit:</b> | <b>01.07.1999</b>   |
| <b>Vertrag bis:</b>              | <b>30.06.2017</b>   |



Fabian Kraft trifft im ersten Testspiel der HSG Wetzlar gegen Pohlheim in Asslar (Foto: www.sportfoto-vogler.de)

# Familienzentren Hermannstein und Nauborn anerkannt

Bis zu 12.000 Euro pro Jahr fließen vom hessischen Sozialministerium, um vielfältige Leistungen für Familien anzubieten

**130 vom Land geförderte Familienzentren gibt es bereits in Hessen. Jetzt gehört auch das Familienzentrum Hermannstein/Blasbach in Wetzlar dazu.**

Oberbürgermeister Manfred Wagner (SPD) konnte am Donnerstag (30. Juni) das offizielle Eingangsschild übergeben, das die Einrichtung in der Blasbacher Straße 12 in Hermannstein auszeichnet. Bis zu 12.000 Euro pro Jahr fließen vom hessischen Sozialministerium, um vielfältige Leistungen für Familien anzubieten. In Wetzlar sind die Familienzentren in das Konzept

„Frühe Hilfen“ eingebunden. „Familienzentren bieten unkompliziert und niedrigschwellig Unterstützung, Beratung und Bildungsangebote, Möglichkeiten zum ungezwungenen Austausch und gegenseitigen Kennenlernen für alle Familien und für alle Generationen“, heißt es vonseiten des Sozialministeriums. In Hermannstein stehen dafür Angebote für alle Bürger wie Elterncafé, Frauenfrühstück, Babymassage, Krabbelgruppe und Sportaktivitäten. Seit 2010 werden in Hermannstein/Blasbach bereits Willkommensbesuche bei Neugeborenen durchge-

führt. Frisch gebackene Eltern werden von der örtlichen Koordinatorin, Sabine Kaiser-Martin, nach der Geburt ihres Kindes mit einem Willkommenspaket besucht.

Es beinhaltet Informationen für junge Eltern zur Entwicklung ihres Babys, zu Angeboten im Stadtteil und Beratungsmöglichkeiten rund um Erziehung und Förderung in Wetzlar. Dazu wird das „große Buch der Wörter“ überreicht, das von der Bürgerstiftung Wetzlar gespendet wurde. Das Familienzentrum arbeitet eng mit den drei Kitas in Hermannstein und Blasbach zusammen. OB Wagner sagte, Familienzentren seien ein wichtiger Baustein, um Kindern von Anfang an die Chance auf ein gutes Aufwachsen zu geben. Er dankte der Diakonie Lahn-Dill, die als Träger des Zentrums fungiert.

Frau Kaiser-Martin steht von Montag bis Freitag (außer Mittwoch) in der Zeit von 9 bis 13 Uhr auch für die Beratung junger Eltern und Alleinerziehender in einem eigens dafür eingerichteten Büro in der Stadtverwaltung Hermannstein, Blasbacher Str. 12, zur Verfügung.

Bisher gab es drei vom Land Hessen geförderte Familienzentren in der Stadt Wetzlar: Niedergirmes (Fröbelstraße), Westend (Horst-Scheibert-Straße) und das Zentrum der Lebenshilfe in der Röntgenstraße. 2016 kommen Hermannstein und Nauborn hinzu.

**Als fünftes Familienzentrum in Wetzlar ist das „Kinderland Nauborn“ vom Land Hessen anerkannt worden.**

OB Manfred Wagner (SPD) überbrachte das Eingangsschild des Landes, das die Einrichtung im Stadtteil Nauborn als gefördertes Zentrum mit einem vielfältigen, generationenübergreifenden Angebot für Familien ausweist.

Wagner sagte, das Kinderland sei eine weitere Perle in einer Kette von Einrichtungen, die 2012 durch einen einstimmigen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung in

Leben gerufen worden seien. Inzwischen würden beispielsweise bereits 65 Prozent aller Neugeborenen in Wetzlar von Familienzentren aus mit Willkommensbesuchen erreicht. Diese Besuche werden seit dem 1. März auch in Nauborn durchgeführt. Weiterhin werden das „Kinderland-Café“, eine Familienbücherei, Sprachkurse für Mütter, Familien- und Erziehungsberatung, Spielgruppen und Kunstprojekte angeboten. Fachkraft Miriam Bödeker-Koch bietet montags von 11 bis 14 Uhr eine offene Beratung für Eltern und Alleinerziehende an.



OB Wagner (Mitte) übergab das neue Türschild an Sabine Kaiser-Martin vom Familienzentrum (2.v.r.). Mit dabei Vertreter des Jugendamtes und der örtlichen Kitas sowie Ortsvorsteher Karl-Heinz Schäfer (r.).



Foto: OB Wagner (2.v.l.) übergab die Schilder im Beisein von Ortsvorsteher Peter Pausch (r.) und Mitarbeitern des Jugendamtes an Fachkraft Miriam Bödeker-Koch (4.v.l.) und Kita-Leiterin Doris Lüdeke (4.v.r.).

# Die aktuelle Diskussion um Wetzlars Finanzen – häufig gestellte Fragen und Antworten

**Wetzlar entwickelt sich dynamisch. Viele Jahre auf Lösungen wartende Problemfelder konnten in Angriff genommen werden.**

Bahnhofstraße, Abriss ehemaliges Kaufhaus „Mauricius“, Neugestaltung des Lahnhofes, Neuordnung im Bereich des Stadthauses am Dom, Gewerbebetriebe erweitern oder siedeln sich neu an wie der Leitzpark III und Ikea, staatliche Fördergelder konnten erschlossen werden wie zum Beispiel die Aufnahme des Quartiers Dalheim/Altenberger Straße in das Programm „Soziale Stadt“.

Und dennoch hat Wetzlar eine sehr schwierige Haushaltslage zu bewältigen.

Dies führt in diesen Tagen zu häufig gestellten Fragen, auf die wir interessierten Lesern Antworten geben wollen.

**Wie kommt es, dass im Haushaltsjahr 2016 ein Fehlbedarf von 8,76 Millionen Euro entstanden ist?**

Dieser Effekt ist nicht erst zum Haushaltsjahr 2016 entstanden. Wetzlar ist unter den hessischen Sonderstatusstädten (Städte über 50.000 Einwohner) die Stadt mit der traditionell schlechtesten Ertragskraft.

Wetzlar konnte zum Haushaltsjahr 2008 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Es folgten unausgeglichene Jahresabschlüsse und Rechnungsergebnisse.

Zum Haushaltsjahr 2015 konnte erstmals wieder ein ausgeglichener Etat (+ 80,5 TEuro) vom Stadtparlament beschlossen werden. Die mittelfristige Finanzplanung prognostizierte auch für die Haushaltsjahre 2016 bis 2018 jeweils Überschüsse im Ergebnishaushalt. Allerdings veränderte sich die Lage im Laufe des Jahres 2015 durch den erheblichen Einbruch beim Aufkommen der Gewerbesteuer.

**Mit welchem Gewerbesteueraufkommen rechnete die Stadt, wie ist die tatsächliche Situation?**

Ging die Stadt im Jahr 2015 zunächst von einem Steueraufkommen von 33,5 Millionen Euro aus, so musste der langjährige Oberbürgermeister und Kämmerer Wolfram Dette kurz vor seinem Ausscheiden aus dem Amt im November 2015 einen Nachtragshaushalt vorlegen, mit dem er den Gremien vorschlug, das Gewerbesteueraufkommen auf 25,5 Millionen Euro zu korrigieren.

Bei den Haushaltsberatungen für 2016 war von einem Steueraufkommen in Höhe von 25 Millionen Euro auszugehen. Alleine dieser Steuereinbruch wäre für sich genommen bereits im Stande, die aktuelle finanzwirtschaftliche Lage der Stadt zu erklären.

**Allenthalben hört man, dass die Steuerquellen sprudeln, warum nimmt Wetzlar an dieser Entwicklung bisher nicht teil?**

In Wetzlar haben sich dankenswerterweise in den zurückliegenden Jahren viele Firmen niedergelassen oder ihre Betriebsstätten erweitert. Dies schafft und sichert Arbeitsplätze und bringt Kaufkraft in die Stadt. Doch führt es auch dazu, dass die Gewerbesteuerbasis durch Abschreibungen reduziert wird.

Ferner haben erfolgreiche Unternehmen in Wetzlar ihren Sitz, die zu international agierenden Unternehmen gehören, die von den Gestaltungsmöglichkeiten des Steuerrechts Gebrauch machen und in einzelnen Fällen nicht am Standort Wetzlar zur Gewerbesteuer herangezogen werden können.

Zudem ist Wetzlar traditionell von der Stahlindustrie geprägt. Insbesondere durch Billigimporte aus Asien ist der deutsche und der europäische Stahlmarkt massiv unter Druck. Dies wirkt sich überaus nachteilig für die Stadt bei dieser Ertragsquelle aus.

**Der Kommunale Finanzausgleich wurde neu gestaltet und die hessische Landesregierung berichtete, dass sich nahezu alle hessischen Kommunen besser stellen würden als nach der alten Rechtslage. Das trifft doch auch für Wetzlar zu, oder?**

Ja, bei isolierter Betrachtung der vertikalen Finanzbeziehungen zwischen dem Land Hessen und der Stadt trifft dies zu.

Die sogenannten Schlüsselzuweisungen, die der Stadt im Jahr 2016 vom Land zugewiesen werden, steigen zwar um 4,3 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr auf nunmehr 25,4 Millionen Euro an, doch ist das nur eine Seite der Medaille. Der kommunale Finanzausgleich berücksichtigt auch die Umlageverpflichtungen der Stadt gegenüber dem Landkreis Lahn-Dill. Mit der Neuregelung des Finanzausgleichs hat das Land auch die Hebesätze der Kreis- und der Schulumlage, also der Zahlungen der Stadt an den Landkreis Lahn-Dill festgesetzt.

Und damit stiegen die Umlageverpflichtungen im Haushaltsjahr 2016 um 6,3 Millionen Euro auf jetzt 28,4 Millionen Euro.

Unterm Strich führten die Finanzausgleichsbeziehungen zu einer Verschlechterung von 2 Millionen Euro, die den Haushalt 2016 ebenfalls belastet.

**Wie werden Fehlbeträge, die durch unausgeglichene Haushalte entstehen, gedeckt?**

Wenn die Erträge nicht ausreichen, um die Aufwendungen zu decken, dann muss sich die Kommune über Kassenkredite finanzieren. Das vom Gesetzgeber als kurzfristige Liquiditätshilfe gedachte Instrument des Kassenkredits hat sich angesichts der nicht auskömmlichen kommunalen Finanzausstattung vielerorts zum Standard der ergänzenden Finanzierung entwickelt. Wetzlar musste zur Finanzierung seiner Fehlbeträge inzwischen Kassenkredite mit einem Volumen von mehr als 58 Millionen Euro aufnehmen. Angesichts von Kassenkreditzinsen, die sich bei einem Zinssatz von unter 1% eingepegelt haben, mag ein Kreditbestand in dieser Höhe auf den ersten Blick als handhabbar eingestuft werden, doch würde jede Zinserhöhung den städtischen Haushalt weiter unter Druck bringen.

Daher muss in der Gegenwart gehandelt und die Verschuldung insbesondere im Bereich der kurzfristigen Kreditverpflichtungen zurückgeführt werden, damit wir die Lasten nicht auf künftige Generationen übertragen.

**Welche Vorgaben gab es vom Land zur Haushaltskonsolidierung?**

Das Land Hessen unterstellt, dass jede hessische Kommune ab dem Jahre 2017 einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt vorweisen kann. Nur in besonderen Ausnahmefällen toleriert das Land einen Haushaltsausgleich nach 2017. Um dieses Ziel zu erreichen, gibt das Land den Kommunen sogenannte Abbaupfade vor. Dieser besagt, dass je nach Lage der Kommune mindestens 40 bis 75 Euro pro Jahr und Einwohner einzusparen sind.

Konkret für Wetzlar wurde ein Abbaubetrag von 72,43 Euro pro Einwohner vorgegeben. Da der städtische Haushalt bereits einen Abbaupfad von 42,37 Euro für 2016 eingeplant hatte, war noch die Differenz von rd. 30 Euro pro Einwohner zu erbringen. Multipliziert mit den 51.574 Einwohnern der Stadt waren dies rd. 1,55 Millionen Euro, die für das Haushaltsjahr 2016 an zusätzlichen Einsparungen erforderlich wurden. Welche konkreten Maßnahmen in Angriff genommen werden, ist eigenverantwortlich von der Kommune zu entscheiden. Daraufhin hat die Stadtverordnetenversammlung auf Vorschlag des Magistrats entschieden, im Falle einer Haushaltsgenehmigung nahezu alle Aufwandspositionen mit einer haushaltswirtschaftlichen Sperre im Umfange von 10% zu belegen.

**Warum ist Wetzlar 2012 nicht unter den Rettungsschirm des Landes Hessen „geschlüpft“?**

Die Kriterien, unter welchen Voraussetzungen Städte, Gemeinden und Landkreise Mittel des Landes Hessen zur Entschuldung bei Kassenkrediten in Anspruch nehmen konnten, wurden durch das Land Hessen vorgegeben. Kriterien waren zum einen die Höhe der negativen Ergebnisse des Ergebnishaushalts der Jahre 2005 bis 2009 und ein Kassenkreditvolumen in Höhe von mindestens 470 Euro pro Einwohner als Durchschnitt der Jahre 2009 und 2010.

Wetzlar hatte in den Jahren 2005 bis 2008 noch ausgeglichene Haushalte. Erst 2009 schlug die Wirtschaftskrise durch. Das durchschnittliche negative Ergebnis der Jahre 2005 bis 2009 lag aber unter den Festlegungen des Landes. Im zweiten Kriterium der durchschnittlichen Kassenkredite der Jahre 2009/2010 lag Wetzlar mit 306 Euro pro Einwohner damals noch deutlich unter den Festlegungen des Landes von 470 Euro pro Einwohner. Die Stadt Wetzlar wurde daher vom Land Hessen nicht als schutzschirmbedürftig identifiziert und konnte so keine Entschuldungsmittel erhalten.

**Warum werden keine Investitionen verschoben, um das Defizit zu vermindern?**

Das öffentliche Haushaltsrecht unterscheidet zwischen einem Ergebnishaushalt, der die laufenden Erträge und Aufwendungen (u. a. Steuereinnahmen, Gebühreneinnahmen, Personalaufwendungen, Sachaufwendungen, Abschreibungen, Kreis- und Schulumlage) enthält und einem Finanzhaushalt, in dem die Vermögensveränderungen (u. a. Investitionen, Kreditaufnahmen und -tilgungen) darge-

stellt werden.

Da die Einsparungen ausnahmslos im Ergebnishaushalt nachgewiesen werden müssen, wirkt sich ein Verzicht auf Investitionen, die im Finanzhaushalt dargestellt sind, nicht unmittelbar auf den Ergebnishaushalt aus. Der Verzicht auf eine Investition entlastet daher den Ergebnishaushalt grundsätzlich nicht.

**Es gibt immer wieder Befürchtungen, die Stadt würde die sogenannten freiwilligen Leistungen massiv eindämmen und damit Sport, Kultur, soziales Engagement und insbesondere das Ehrenamt massiv beschneiden. Wie sieht dies der Magistrat?**

Der Lebenswert der Stadt und das Lebensgefühl der Menschen, die in Wetzlar leben oder die unsere Stadt besuchen, wird ganz maßgeblich durch ein großartiges ehrenamtliches Engagement und einem bunten und vielfältigen Strauß mit sportlichen, kulturellen und sozialen Angeboten getragen. Die Stadt spannt hier einen Rahmen, den sie grundsätzlich bei allen haushaltswirtschaftlichen Schwierigkeiten auch weiterhin gewährleisten will. Es geht dabei um die Verlässlichkeit für viele Vereine und Verbände. Alleine durch den Verzicht – der überhaupt nicht gewollt ist – auf die von der Aufsichtsbehörde der Stadt mit der Haushaltsgenehmigung 2015 auf den Betrag von rund 3,54 Millionen Euro festgeschriebenen sogenannten „freiwilligen Leistungen“ könnte aktuell der Ausgleich des Etats nicht erreicht werden.

**Welche Produktbereiche schlagen sich besonders im derzeitigen Ergebnis nieder?**

Zu nennen ist der Produktbereich Soziale Sicherung, der mit einem Zuschussbedarf in Höhe von rund 23,3 Millionen Euro ausgewiesen ist. Ganz wesentlich handelt es sich um Pflichtleistungen, die von der Stadt als örtlicher Träger der Jugendhilfe erbracht werden müssen.

Trotz des in der gesamten Bundesrepublik anwachsenden Jugendhilfebedarfs steigen in Wetzlar die Aufwendungen nicht zuletzt dank der Präventionsmaßnahmen unterdurchschnittlich an.

Alleine für die Kindertagesstätten in der Stadt (14 städtische und 16 maßgeblich von der Stadt finanzierte Einrichtungen in der Trägerschaft von Kirchen, Verbänden und Elternvereinen) sind nach Abzug der Elternbeiträge und der Leistungen des Landes (KiFöG) von der Stadt rund 11,2 Millionen Euro zu finanzieren.

**Die Personalaufwendungen sind neben dem Produktbereich „Soziale Sicherung“ ein ganz wesentlicher Posten. Kann die Stadt nicht auch durch den Abbau von Stellen Gelder einsparen?**

Unsere Prozesse und Abläufe prüfen wir regelhaft. So ist im Falle einer Stellenvakanz eine Stellenbesetzungssperre einzuhalten und es wird die Notwendigkeit der Wiederbesetzung der Stelle intensiv geprüft. Das hat auch in der Vergangenheit zum Abbau von Stellen im Rathaus geführt. Bevor zum Beispiel Rechtsansprü-



che auf einen KiTa-Platz für die über Dreijährigen und später die unter Dreijährigen durch den Gesetzgeber festgelegt wurden, führte die Stadt in ihren 14 eigenen Kindertagesstätten annähernd 100 Stellen für Erzieherinnen und Erzieher.

Heute bedarf es zur Erfüllung dieser gesellschaftspolitisch wichtigen Aufgaben rund 143 Vollzeitstellen. Jedoch ist der Stellenplan „nur“ um rund 11,5 Stellen ausgeweitet worden. Daraus folgt, dass im Laufe der Zeit bei keineswegs verringertem Aufgabenbestand die übrigen Stellen (mehr als 30) durch Umschichtungen erwirtschaftet wurden.

Wir müssen und werden aber darüber entscheiden, ob und mit welchen Standards wir künftig die städtischen Dienstleistungen erbringen wollen. Denn jede Unterdeckung in einzelnen Produktbereichen ist über die Grundsteuer B am Ende zu finanzieren. Das ist die Vorgabe der Landesregierung.

**Wie will die Stadt das Problem in den Griff bekommen?**

Wie gesagt: Wir werden Standards und Strukturen, die im Laufe der Jahrzehnte aufgebaut worden sind, auf den Prüfstand stellen und die damit verbundenen Wirkungen, aber auch die wirtschaftlichen Effekte transparent darstellen, um verantwortungsvolle Entscheidungen treffen zu können. Das zieht sich durch alle Aufgabenbereiche. Ferner werden wir nicht umhin kommen, Gebührenhaushalte ausgeglichen zu gestalten und die Grundsteuer B zu erhöhen.

In diesem Bewusstsein hat das Stadtparlament die Anhebung der Grundsteuer für bebaute und bebaubare Flächen im kommenden Jahr auf 590 Hebesatzpunkte vorgesehen.

Anhebungen auf der einen und Aufwandskürzungen auf der anderen Seite sowie die berechnete Erwartung, dass sich das Gewerbesteueraufkommen wieder erhöhen wird, veranlassen zu der Einschätzung, den Haushalt 2017 und in den folgenden Jahren nicht nur ausgleichen, sondern mit Überschüssen abschließen zu können. Diese Überschüsse braucht die Stadt, um Kassenkredite zu tilgen oder dringend erforderliche Infrastrukturinvestitionen, die in den zurückliegenden Jahrzehnten aufgeschoben wurden, zu tätigen.

**Welchen Gegenwert in Euro und Cent hat ein Hebesatzpunkt der Grundsteuer B?**

Ein Hebesatzpunkt bei der Grundsteuer B entspricht rund 20.295 Euro. Das heißt nur zum besseren Verständnis, dass das Defizit im Bereich der Bäder (im laufenden Jahr 1,55 Millionen Euro) einen Gegenwert hat von über 76 Prozentpunkten bei der Grundsteuer B. Die Unterdeckung bei den Museen und Sammlungen entspricht annähernd 52 Hebesatzpunkten, die Unterdeckung bei den Kindertagesstätten übersteigt gar das gesamte Aufkommen der Grundsteuer B in Wetzlar.

# RP genehmigt städtischen Haushalt für das Jahr 2016

## Vereine und Verbände haben Planungssicherheit

Seit einigen Tagen liegt die Haushaltsgenehmigung für das Jahr 2016 vor.

Damit hat die Aufsichtsbehörde der Dom- und Goethestadt, die aufgrund des Einbruches bei dem Gewerbesteueraufkommen einen Ertragsrückgang gegenüber dem zunächst für 2015 unterstellten Aufkommen von rund 8,5 Millionen Euro prognostizieren muss (Rückgang auf 25 Millionen Euro), nun doch noch grünes Licht gegeben. Damit entfällt die vorläufige Haushaltsführung und auch die sogenannten freiwilligen Leistungen können – wenn auch um 10% abgesenkt – ausgeschüttet werden. Damit haben die Vereine und Verbände – gerade in den Bereichen Sport, Kultur, Soziales – nunmehr Planungssicherheit.

Wie Oberbürgermeister Manfred Wagner (SPD) erklärte, war dies keineswegs einfach. Zum einen kann man nicht ohne weiteres bei einem unveränderten Aufgabenbestand einen Ertragsausfall in dieser Größenordnung kompensieren und zum anderen galt es, der Aufsichtsbehörde Wege aufzuzeigen, wie die Stadt möglichst im Jahr 2017, spätestens aber 2018 ein in Ertrag und Aufwand ausgeglichenes Zahlenwerk vorlegen kann.

Wir haben uns, so der OB, für einen harten Schnitt und das Ziel, nun im Jahr 2017 den Ausgleich darzustellen, entschieden.

Zum einen erwartet Wagner wieder ein leichtes Aufwachsen des Gewerbesteueraufkommens auf rund 28 Millionen Euro im laufenden Jahr mit entsprechender Tendenz für 2017. Zum anderen sind die von der Stadtverordnetenversammlung im Zuge des vor einigen Wochen herbeigeführten Ergänzungsbeschlusses zum Haushaltssicherungskonzept vorgesehenen Kürzungen bei nahezu allen Aufwandspositionen vorzunehmen.

Zudem stehen Gebührenhaushalte auf dem Prüfstand und die Stadt wird nicht umhin kommen, die Grundsteuer B deutlich anzuhäben. 590 Hebesatzpunkte sind nach der Entscheidung der Stadtverordneten notwendig. Damit bleibt Wetzlar unter vergleichbaren Städten (Rüsselsheim 800 v.H., Gießen 600 v.H., Hanau plant 595).

Wie Wagner weiter ausführte, müsse die Stadt aber dringend über den Haushaltsausgleich hinaus Erträge erwirtschaften. Nur so können die, angesichts der seit 2008 nicht mehr ausgeglichenen Haushalte, aufgelaufenen Kassenkreditverbindlichkeiten (rund 58 Millionen Euro) zurückgezahlt werden und ferner Beiträge zur Finanzierung der notwendigen Investitionen in die Infrastruktur getätigt werden. Ansonsten würden die Belastungen auf die Kinder- und Enkelgenerationen verschoben. Dies jedoch sei nicht hinnehmbar.

# Die Türkei nicht aufgeben

## Jegliche Gesprächskanäle nutzen und erhalten

Der versuchte Militärputsch in der Türkei überraschte und erschütterte ganz Europa.

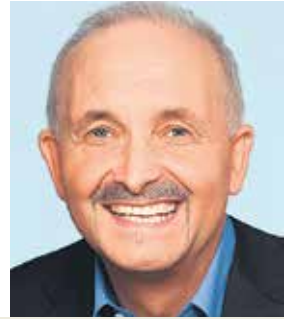
Ein deutliches und richtiges Echo war in den ersten Tagen nach dem Putschversuch weltweit zu vernehmen: Ein gewaltsamer Umsturz ist weit von dem entfernt, was wir als Demokratie ansehen. Das brutale Vorgehen des Militärs gegen Zivilisten und das Parlament seitens der Putschisten ist zu verurteilen und erfordert eine politische und strafrechtliche Aufarbeitung. Doch bei allem Verständnis für eine entsprechend schnelle Aufarbeitung der Geschehnisse muss hierbei der rechtstaatliche Rahmen gewahrt werden. Denn die Wahrung des Rechtsstaates ist ein wesentliches Element einer demokratischen Gesellschaft.

Das Vorgehen seitens der Regierung nach dem gescheiterten Putsch vermittelt den Eindruck eines totalitären Regimes. Tausende Menschen wurden verhaftet oder aus dem Staatsdienst entfernt. Nicht nur Angehörige des Militärs, sondern auch Staatsdiener, die auf den ersten Blick nicht aktiv an dem Umsturz mitgewirkt haben können wie z.B. Lehrer, Staatsanwälte und Richter. Die im Zuge der Aufarbeitung geforderte Wiedereinführung der Todesstrafe verdeutlicht zusätzlich das unverhältnismäßige Vorgehen. Dies ist aber nur ein weiterer, wenn auch großer, Schritt der Türkei weg von einem Rechtsstaat. So wurde schon vor diesen Ereignissen 50 Abgeordneten der pro-kurdischen HDP die Immunität aberkannt. Die Macht

des Präsidenten wurde immer weiter ausgebaut. Dabei hatte das türkische Volk eigentlich mit der letzten Parlamentswahl 2015 einer Präsidialdemokratie eine klare Absage erteilt. Vergessen sind auch nicht die Proteste um den Istanbul-Gezi-Park im Jahre 2013, die blutig niedergeschlagen wurden und die massiven Einschränkungen und Verfolgungen, denen sich Oppositionelle und Journalisten seit Jahren ausgesetzt sehen.

Die EU und damit auch Deutschland befinden sich in keiner einfachen Situation. Die Türkei ist ein wichtiger Partner; in der Asyl- und Flüchtlingspolitik sowie als Partner innerhalb der NATO. Daher gilt es, jegliche Gesprächskanäle zu nutzen und zu erhalten – aber dies bedeutet nicht, dass Kritik ausbleibt und man erpressbar ist. Wie viele Beziehungen zeichnet sich eine politische Partnerschaft dadurch aus, dass man Kritik verträgt und ernst nimmt. Wer Teil der Europäischen Union werden möchte, muss Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wahren.

Der Gesprächsfaden mit der Türkei darf deshalb nicht verloren gehen. Hierfür ist aber auch von politischer Seite ein langer und intensiver Austausch notwendig, der klare Kritik nicht aussparen darf. Ein Austausch, der mit Europa und einem großen Teil der türkischen Zivilgesellschaft bereits seit mehreren Jahrzehnten funktioniert. Hierfür sprechen die Vielzahl deutsch-türkischer Familien, gemeinsame Kulturprojekte und die Kooperationen im schulischen und universitären Bereich.



Udo Bullmann ist Vorsitzender der SPD-Europaabgeordneten. Der Finanzmarkt- und Wirtschaftsexperte gehört seit 1999 dem Europäischen Parlament an.

Wir müssen auf die bisherigen gemeinsamen Erfolge verweisen und deutlich machen, dass gerade die Erfolgsgeschichte der Europäischen Union ein Erfolg der Demokratie und des Rechtsstaates ist. Auch wenn eine Vollmitgliedschaft vor dem Hintergrund der Entwicklungen in weite Ferne gerückt ist, so gilt es daran zu erinnern, dass ein gemeinsamer Weg für Demokratie am Ende aus europäischer Sicht der erfolgreiche sein wird.

Wir dürfen die Türkei nicht aufgeben. Und das nicht wegen materieller oder selbst geostrategischer Interessen. Und schon gar nicht wegen Erdogan. Sondern wegen den Abertausenden, ja Millionen von wundervollen Menschen in diesem Vielvölkerstaat, die an Freiheit und Demokratie glauben, ihre Zukunft in die eigenen Hände nehmen und jetzt inständig hoffen, dass wir sie nicht alleine lassen.

# Das Bundesteilhabegesetz: Mehr möglich machen!

## Ziel ist es, die Lebenssituation von Menschen mit Behinderung zu verbessern

Im kommenden Herbst beraten wir mit dem Bundesteilhabegesetz eine der größten sozialpolitischen Reformen der letzten Jahre.

Ziel ist es, die Lebenssituation von Menschen mit Behinderung zu verbessern und so einen weiteren wichtigen Schritt auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft zu gehen.

Durch das Bundesteilhabegesetz unterstützen wir Menschen mit Behinderung und deren Angehörige auf unterschiedlichen Ebenen:

Wir erkennen Leistung an: Menschen mit Behinderungen, die Leistungen zur Teilnahme am sozialen Leben und zur Arbeit beziehen, können nun deutlich mehr Einkommen behalten und sparen. Aktuell werden Einkünfte bei der Eingliederungshilfe oberhalb des individuellen Freibetrages abgezogen.

Bereits ab 2017 werden wir die Freibeträge um 260 Euro pro Person erhöhen. Ab 2020 wird das bisherige Verfahren durch ein neues System ersetzt. Dies führt dazu, dass z.B. Menschen mit einem Jahreseinkommen von ca. 30.000 Euro 300 Euro monatlich mehr haben. Mit einer zusätzlichen Barvermögensgrenze von 50.000 Euro und dem Wegfall der Anrechnung des Partnereinkommens/vermögens führen wir Menschen mit Behinderung aus der Sozialhilfe raus.



Der Übergang in den ersten Arbeitsmarkt für Personen, die aktuell in Werkstätten arbeiten, soll erleichtert werden.

Wir vereinfachen das Antragsverfahren: Künftig reicht ein Antrag bei einem Träger aus, um alle benötigten Leistungen, wie z.B. für die berufliche Rehabilitation von der Deutschen Rentenversicherung oder Leistungen zur medizinischen Rehabilitation von der Krankenkasse zu erhalten. Der erste Träger ist dafür verantwortlich, dass alle weiteren Leistungen beantragt und durchgeführt werden. Mit dem vereinfachten Antragsverfahren entlasten wir alle Beteiligten.

Wir unterstützen die beteiligten Personen durch eine ergänzende unabhängige Beratung. Mit denen

vom Bund in Höhe von 58 Mio Euro geförderten Beratungsstellen werden Personen mit Behinderung und ihre Angehörigen größtenteils von Personen mit Behinderung beraten.

Wir schaffen Klarheit: Die Leistungen der Eingliederungshilfe werden zum ersten Mal in einem Leistungskatalog konkretisiert und gebündelt. Die Begleitung durch Eltern oder eine externe Fachkraft in der Weiterbildung und im Studium werden erstmalig ausdrücklich geregelt. Mit dem „Budget für Arbeit“, das einen Lohnkostenzuschuss von bis 75 Prozent und Weiterbildungsmöglichkeiten bein-

haltet, erleichtern wir den Übergang in den ersten Arbeitsmarkt für Personen, die aktuell in Werkstätten arbeiten.

Wir stärken die Mitsprache: Die Vertretungsrechte für Schwerbehindertenvertretungen und Werkstatträter werden durch Fortbildungsmöglichkeiten und mehr Beteiligungsrechte gestärkt.

Wir schaffen passgenaue Lösungen: Die Eingliederungshilfe wird zukünftig nicht mehr an einer bestimmten Wohnform, sondern ausschließlich am individuellen Bedarf ausgerichtet. Hierdurch wird echte Wahlfreiheit z.B. bei der gewünschten Unterkunft ermöglicht.

Insgesamt investiert der Bund ab 2020 ca. 700 Millionen jährlich für eine verbesserte Integration von Menschen mit Behinderung. Gleichzeitig entlasten wir die Kommunen, da Grundsicherungs- und Eingliederungsleistungen in Zukunft teilweise vom Bund übernommen werden.

Menschen mit Behinderung und ihre Verbände haben in zahlreichen Sitzungen an diesem Gesetzentwurf tatkräftig mitgewirkt. Nicht alle Wünsche und Forderungen der Verbände konnten schon in diesem Entwurf berücksichtigt werden. Wir werden in den kommenden Verhandlungen alles daran setzen, unserem Koalitionspart-



Dagmar Schmidt ist seit 2013 Mitglied im Deutschen Bundestag. Dort ist sie im Ausschuss für Arbeit und Soziales und stellvertretendes Mitglied im Petitionsausschuss und im Auswärtigen Ausschuss. Sie ist zudem Vorsitzende der Deutsch-Chinesischen Parlamentariergruppe. Im Dezember 2015 wurde sie zum zweiten Mal in Folge in den Bundesvorstand der SPD gewählt, wo sie sich ebenfalls hauptsächlich mit dem Themenbereich Arbeit und Soziales beschäftigt.

ner weitere Verbesserungen für Menschen mit Behinderung abzurufen. Wir sind trotzdem stolz darauf, nach dem Behindertengleichstellungsgesetz aus diesem Frühjahr weitere Verbesserungen für Menschen mit Behinderung zu erreichen.

# Rechtsextremismus: Mitschuldig ist, wer schweigt

In diesem Jahr bereits 665 Übergriffe gegen Asylunterkünfte – in 613 Fällen sollen rechtsmotivierte Täter verantwortlich sein

**Zum zweiten Mal innerhalb von zwei Wochen wurde am Wochenende in Haiger ein Hakenkreuz gesprayt.**

Erst in der vergangenen Woche wurde bekannt, dass ein Mitglied der Demonstrations-Gruppe, die für zwei rechtsradikale Demonstrationen im April und im Juni verantwortlich ist, wegen Todesdrohungen auf Facebook und Bewaffnung mit einer Armbrust festgenommen wurde. Der braune Schleier scheint ich immer dichter um Haiger zu legen. Das ist bedrückend und macht fassungslos.

Gleichzeitig meldet das BKA, dass im laufenden Jahr 2016 bereits 665 Übergriffe gegen Asylunterkünfte gezählt wurden – in 613 Fällen sollen rechtsmotivierte Täter verantwortlich sein. Die Gesamtzahl der Übergriffe im letzten Jahr lag bei 1031. Es scheint, als würde dieser Wert bis Ende dieses Jahres erneut übertroffen werden. Eine Schande für dieses Land und seine Demokratie.

In München beging im Juli ein Täter mit extrem rechtem Weltbild eine Amoktat mit neun Opfern, die alle einen Migrationshintergrund hatten. Öffentlicher Aufschrei? Fehlanzeige. Viel mehr wird tagen, tagaus, über islamistischen

Terror diskutiert, Maßnahmenpakete beschlossen und ein neues Schauerszenario für Deutschland herbeibeschworen. Es werden exakt die Fehler wiederholt, die vor wenigen Jahren im Zuge der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) den deutschen Staat in eine tiefe innenpolitische Krise stürzten: Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen.

In Rostock – ausgerechnet in Rostock, wo der rechte Mob unter tosendem Beifall vieler Schaulustiger 1992 eine Asylunterkunft in Brand steckte – stoppt die Stadt nach rechten Protesten nun eine geplante Asylunterkunft.

Man kapituliert hier vor dem Mob und zeigt die Handlungsunfähigkeit des Staates und seiner Exekutiven. Ein fatales Signal und ein Tritt ins Rückenmark all derjenigen, die sich Tag für Tag den Rechten entgegenstellen und versuchen die inklusive Gesellschaft zu ermöglichen, die von der Politik – wie sooft beschworen – gewünscht ist.

Zurück nach Haiger: Bisher hat sich die Stadt nicht zu den rechten Vorfällen geäußert. Insbesondere der Bürgermeister hält sich bisher vornehm zurück, den Gegendemonstrationen hat er selbstverständlich nicht beigewohnt. Un-

verantwortlich und absolut untragbar, wie ich finde. Wenn wir den Rechten so viel Platz gewähren, dass sie am Ende vor Ort die Deutungshoheit gewinnen und ihre Ideologie gesellschaftsfähig machen können, öffnen wir Tür und Tor für rechte Gewalt, Ausgrenzung und die massenhafte Reproduktion der unmenschlichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen der extremen Rechten.

Dass dieser widerspruchsfreie Raum bereitwillig gefüllt wird sieht man unter anderem in Leun, wo eine rechte Kneipe, die von NPD-Mitgliedern betrieben wird, mittlerweile die kommunale Jugendpflege ersetzt hat.

Oder auch in Büdingen, wo die NPD seit Jahren unerträglich hohe Wahlerfolge einfährt. Aber auch das Haigerer Rathaus verfährt nach dem Motto: Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen.

Wenn wir die extreme Rechte aus unserer Gesellschaft herausdrängen wollen, müssen auch die öffentlichen Repräsentant\*innen endlich Augen und Münder öffnen.

Wir brauchen Haltung, klare Worte und klares Handeln – keine weitere Duldung oder Verharmlosung von unmenschlicher Hetze.

Aus dem Verfassungsschutzbericht 2015

| Straftaten mit rechtsextremistisch motiviertem Hintergrund <sup>2</sup> |               |               |
|---|---------------|---------------|
| Gewalttaten:  | 2014          | 2015          |
| Tötungsdelikte  | 0             | 0             |
| Versuchte Tötungsdelikte  | 1             | 8             |
| Körperverletzungen  | 871           | 1.116         |
| Brandstiftungen   | 21            | 99            |
| Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion                                 | 6             | 18            |
| Landfriedensbruch   | 23            | 42            |
| Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr  | 5             | 10            |
| Freiheitsberaubung  | 1             | 0             |
| Raub  | 8             | 23            |
| Erpressung  | 7             | 7             |
| Widerstandsdelikte  | 45            | 84            |
| Sexualdelikte   | 2             | 1             |
| <b>gesamt</b>   | <b>990</b>    | <b>1.408</b>  |
| Sachbeschädigungen  | 819           | 1.243         |
| Nötigung/Bedrohung  | 209           | 443           |
| Propagandadelikte   | 11.055        | 12.154        |
| Störung der Totenruhe   | 12            | 9             |
| Andere Straftaten, insbesondere Volksverhetzung                         | 3.474         | 6.676         |
| <b>gesamt</b>   | <b>15.569</b> | <b>20.525</b> |
| <b>Straftaten insgesamt</b>   | <b>16.559</b> | <b>21.933</b> |

## Friedlicher Protest gegen AFD-Infostand in Wetzlar

Spontankundgebung mit Unterstützung des Wetzlarer Bündnis gegen Nazis

**Spontan fanden sich am 13.08. rund 30 junge Demonstrierende zusammen, um gegen einen Informationsstand der sogenannten "Alternative für Deutschland" in Wetzlar zu demonstrieren.**

Mit Unterstützung des Wetzlarer Bündnis gegen Nazis wurde auf der gegenüberliegenden Seite eine Spontankundgebung durchgeführt.

Auf dem Eisenmarkt wurden dann etwa zwei Stunden lang Informationsbroschüren verteilt, die zum einen deutlich machen sollten, warum die AfD keine normale Partei im demokratischen Wettbewerb ist, und zum anderen, welche Verbindungen die hessische AfD in extrem Rechte Milieus, wie etwa der "Identitären Bewegung", hat.

Der Vorsitzende der Jusos Lahn-Dill, Joscha Wagner, fasste die In-

tention des Protests wie folgt zusammen: "Die AfD an Lahn und Dill hält sich mit ihrer Rhetorik nach außen bisher bedeckt, jedoch verfällt sie im Kreistag in die Sprachmuster der rechtsextremen NPD. Damit steht sie in einer Linie mit ihren hessischen Partnerverbänden, die offen mit rechtsextremen Gruppierungen und Personen verhandelt sind und auf deren Wahllisten auch mal ein offe-

ner Antisemit platziert wird, wie zuletzt in Kassel. Über diese Umstände wollen wir die Menschen hier vor Ort aufklären, um so eine kritische Gegenöffentlichkeit herzustellen."

Der friedliche Protest wurde von den Passantinnen und Passanten überwiegend positiv und interessiert verfolgt. Auch die Zusammenarbeit mit der eingetroffenen Polizei verlief reibungslos.

**Macht mit!  
Werdet Mitglied bei den JUSOs!**

Nähere Infos können bei den Jusos Wetzlar erfragt werden.

**Juso-AG Wetzlar  
Bergstraße 60  
35578 Wetzlar**



## Kanufahrt der Jusos Wetzlar

Die Kanutour war Bestandteil des vielfältigen Juso-Sommerprogramms

**Während andere Urlaub machten, legten sich unsere hiesigen Jungsozialistinnen und Jungsozialisten bei sonnigem Wetter sportlich ins Zeug.**

Am 06.08.2016 trafen sich acht Jusos an der Lahn in Solms. Vor unseren Mitgliedern lag eine Kanutour vom Zeltplatz Schohleck über 15,5 Kilometer zur Anlegestelle Weilburg-Ahausen.

Während der sechsstündigen Fahrt konnte nicht nur der Sportsgeist unserer Mitglieder unter Beweis gestellt werden, sondern auch die Landschaft im Lahntal bewundert werden.

Die Kanutour war Bestandteil des vielfältigen Juso-Sommerprogramms, welches der Vorstand der Wetzlarer Arbeitsgemeinschaft für seine Mitglieder im südlichen Lahn-Dill-Kreis erarbeitet hat.

„Neben dem politisch-bildenden Programm wie Diskussionen

und Exkursionen soll auch der gesellschaftlich und freizeithliche Aspekt innerhalb unserer Jugendorganisation nicht zu kurz kommen“ – so lautete die gemeinschaftliche Entscheidung des Vorstandes.

So besuchten bereits am Wochenende die Jusos von Lahn und Dill das Wetzlarer Weinfest und verbrachten dort einige gesellige Stunden.

Die Kanutour war der vorerst letzte Punkt im Sommerprogramm der Wetzlarer Jusos im August. Bereits Anfang September geht es weiter mit der Teilnahme am Wetzlarer Brückenlauf. Schon seit Jahren nehmen die Jusos regelmäßig an dieser Benefizveranstaltung teil.

Dieses Jahr möchte die AG gleich vier Mannschaften zu jeweils drei Läufern stellen. Die Wetzlarer Jusos wollen damit ein Statement für die „Gute Sache“ geben. Aber auch für den Sportgeist und Wetzlar als Stadt des Sports.





# FRANZIS verabschiedet mit tollem Sommerfest die alte Saison

Die Wetzlarer feierten ihr FRANZIS mit viel Musik und guter Laune. Ab Ende August wieder mit vielversprechendem Programm

Das FRANZIS ist aus Wetzlars Kulturszene nicht mehr wegzudenken. Das Sommerfest zum Ende der Saison 2015/16 war ein mehr als gelungener Abschluss.

Viele Wetzlarer und auswärtige Fans tummelten sich von nachmittags bis in die Nacht und genossen das hochwertige Programm von der Singer/Songwriterin **Susann Charis**, der Band „Purple Rain“, der Fuldaer Ska-Band **Cabba Cabba**, der „Jim Panse Band“ mit der Sängerin **Alin Pulverich** bis zur Gießener Band „Acongagua“, die die Fans auf der Wiese zum Tanzen brachten.

Natürlich war auch für das leibliche Wohl gesorgt und die vielen Helfer brachten neben den Getränken Kuchen, Waffeln, Würstchen und Steaks unters Volk.

Auch das neue Programm verspricht wieder viel Abwechslung in Wetzlars Kulturzentrum. Von der **Christopher-Street-Day Party**

über das **Kabarett Kabbaratz**, **Chris Farlow** mit der **Norman-Beaker Band** bis zur **Hamburg Blues Band** und **Martin Turners Wishbone Ash** u.v.a. sollte man sich unbedingt das neue Programm ansehen.

[www.franzis-wetzlar.de](http://www.franzis-wetzlar.de)



Bei den Bands gab es kein Halten mehr und es wurde getanzt



Das FRANZIS rief zum Sommerfest und die Wetzlarer kamen in Scharen und genossen auf vielfältige Art und Weise einen herrlichen Sommertag.

Fotos: Heiner Jung

## Filmförderung Wetzlar-Gießen

Die in Gießen und Wetzlar gedrehte Webserie »Number of Silence« hat zahlreiche internationale Preise gewonnen

Die Webserie »Number of Silence« ist ein Non-Profit-Projekt und wurde vom Kulturfonds Gießen-Wetzlar sowie von den Kulturrämern beider Städte gefördert.

Unterstützt wird sie von einer Reihe mittelhessischer Einrichtungen und Unternehmen und produziert von der Gießener Filmproduktionsfirma Dobago Film. Der Trailer und die Episoden sind kostenlos auf [www.numberofsilence.com](http://www.numberofsilence.com) zu sehen.

Ein Toter auf dem Wetzlarer Domplatz. Mit einem Mord startet die Mystery-Webserie »Number of Silence« in ihrer ersten Staffel.

Auch in Gießen wurde gedreht, doch in den Episoden verschmelzen die beiden Städte zu einer, fremde Kulissen werden dazwischen montiert.

So geht es aus Wetzlar, wo nun Flugzeuge starten, mal eben über die Gießener Südanlage zum Hotel Heyligenstaedt, hinter dem sich

Hochhäuser auftürmen. Lahnstadt 2.0 mit Skyline also.

»Wir wollten, dass man die Orte



kennt, trotzdem aber alles ein wenig befremdlich wirkt«, erläuterte Regisseur und Drehbuchautor Csongor Dobrotka.

Ein spannendes, erfolgreiches Projekt aus der Region, es lohnt sich, reinzuschauen.



## UNSER BUCHTIPP

Marco Tschirpke

### Frühling, Sommer, Herbst und Günther

Die komischen Gedichte des Marco Tschirpke

Die poetische Gattung gilt als auf den Hund gekommen.

Moderne Lyrik, das ist in der Regel Prosa mit dem Hang zum Zeilenbruch.

Marco Tschirpke setzt sie wieder in ihr Recht, indem er reimt, ohne mit der Wimper zu zucken.

Da treten uns Luther, Marie Antoinette und Ernst Thälmann wie Zeitgenossen gegenüber, da schnurren historische Ereignisse

auf ihre Pointe zusammen. Tschirpke dichtet Schneisen in die Weltgeschichte und legt dabei Sichtachsen frei, die im Wortsinn erhellend wirken.

Die komischen Gedichte des Marco Tschirpke **Frühling, Sommer, Herbst und Günther**

160 Seiten  
Ullstein Taschenbuch  
ISBN: 978-3-548-37617-2  
9,99 Euro



ARBEITERWOHLFAHRT ORTSVEREIN  
WETZLAR **AWO**

HERZLICH WILLKOMMEN

SENIORENTREFF "NEUSTADT"  
WILHELM REITZ HAUS  
35576 WETZLAR  
BRETTSCHEIDERSTRASSE 4  
DONNERSTAG 14:30 UHR

## VERANSTALTUNGS-TIPPS

**2. September 2016**  
**HSG Wetzlar – Füchse Berlin**  
**Handball-Bundesliga**  
Uhrzeit: xx:xx Uhr  
Ort: Rittal-Arena, Wetzlar

**2. September 2016**  
**Kabarett Kabaratz**  
Uhrzeit: 20:00 Uhr  
Ort: Kulturzentrum Franzis

**6. September 2016**  
**HSG Wetzlar – THW Kiel**  
**Handball-Bundesliga**  
Uhrzeit: xx:xx Uhr  
Ort: Rittal-Arena, Wetzlar

**8. September 2016**  
**Chris Farlow mit Norman Beaker Band**  
Uhrzeit: 20:00 Uhr  
Ort: Kulturzentrum Franzis

**10. September 2016**  
**Quintenzirkel Best of acapella**  
Uhrzeit: 20:00 Uhr  
**Bunte Katze**, Niedergirmes  
Naunheimer Straße 10

**17. September 2016**  
**Mary and the Tigers**  
Uhrzeit: 20:00 Uhr  
**Bunte Katze**, Niedergirmes  
Naunheimer Straße 10

**23. September 2016**  
**Ziemlich beste Freunde**  
**Theaterring Wetzlar**  
Uhrzeit: 20:00 Uhr  
Stadthalle Wetzlar

**24. September 2016**  
**Lauf doch nicht immer weg**  
Uhrzeit: jeweils 20:00 Uhr  
Ort: Kellertheater Wetzlar  
Brühlsbachstraße 2 (Stadthalle)

**27. September 2016**  
**Gemma Ray**  
Uhrzeit: 20:00 Uhr  
Ort: Kulturzentrum Franzis

Alle Angaben ohne Gewähr